

Breslauer



Zeitung

Nr. 252.

Donnerstag den 11. September

1851.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Verordnung des evangel. Oberkirchenrathes, die Verbindung von Kirche und Schule betreffend.) — (Zur Tages-Chronik.) — (Hof- und Personal-Nachrichten.) — (Die in Anregung gebrachte Umwandlung des Landwehrsystems.) — (Ständische Angelegenheiten.) — (Ander nach. (Keine Landtagswahl.) — Danzig. (Marine.) — Deutschland. Frankfurt. (Maßregeln gegen die Presse und die Vereine in Aussicht.) — (Der preuß. Bundestags-Gesandte. Die neue österr. Anleihe.) — München. (Hr. v. Kleinschrod. Bergsturz. Vermischtes.) — Stuttgart. (Die Verfassungskommission.) — Gotha. (Einberufung des Landtages.) — Hannover. (Die Beschwerverchriften der Ritterschaft.) — Bremen. (Eine Erklärung des Großherzogs von Oldenburg.) — Hamburg. (Die Bundeskommissionen.) — Kiel. (Excesse gegen dänische Offiziere.) — Appenrade. (Unruhige Auftritte in Gravenstein und Norburg.) — Oesterreich. Wien. (Tagesbericht.) — (Der Eintritt von Gesamtösterreich in den deutschen Bund.) — Frankreich. Paris. (Angebliche Ministerkrise. Die Kandidatur Joinvilles. Vermischtes.) — Schweiz. (Die Verweisung des Dr. Badwig.) — Schweden. Stockholm. (Schluß des Reichstages.) — Osmanisches Reich. Konstantinopel. (Ein Beitrag zu den türkischen Zuständen.) — Amerika. Stettin. (Nachrichten über Ruba.) — Provinzial-Beitrag. Breslau. (Auswanderungs-Centralverein für die Provinz Schlesien.) — (Evangelischer Verein.) — Hirschberg. (Der Aufenthalt Sr. Majestät.) — (Wander verhaftet.) — Sagan. (Der Besuch Sr. Majestät.) — Meisse. (Tagesneuigkeiten.) — Ohlau. (Entschädigung für die aufgehobene Stadtmantel. Deich-Verband.) — Oppeln. (Personalien.) — Literatur, Kunst und Wissenschaft. Berlin. (Prämiierte Schüler.) — Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege. Breslau. (Schwurgericht.) — Hamm. (Ein merkwürdiger Rechtsfall.) — Berlin. (Verhandlung und Urtheil gegen Trezzani.) — Handel, Gewerbe und Ackerbau. Breslau. (Produktenmarkt.) — Berliner und Stettiner Markt.) — Berlin. (Patent.) — (Der Zollverein und Belgien.) — Danzig. (Handelsverhältnisse.) — Breslau. (Planisirung des Gewerberathes.) — Mannigfaltiges.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 8. Septbr., Abends 8 Uhr. Das umlaufende Gerücht von einem Ministerwechsel entbehrt der Wahrscheinlichkeit.

Paris, 8. September, Nachmittags 5 Uhr. 3% 56, 20. 5% Coupons detachés 91, 75. Cours vom 7.: 3% 55, 80. 5% Coupons detachés 93, 85.

Triest, 9. Septbr. London 11, 10. Silber 18.

Neapel, 1. Septbr. In Abruzzo und Puglieo haben Orkane und Erdbeben furchtbare Verheerungen angerichtet.

Frankfurt, 9. September, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Nordbahn 40 $\frac{3}{4}$.

Hamburg, 9. September, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Roggen pro Herbst stille, pro Frühjahr fest. Del 20 $\frac{5}{8}$, pro Frühjahr 21 $\frac{1}{8}$. (Berl. Bl.)

Breslau, 10. September.

Durch die Zeitungen ist in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet worden, daß Preußen, der Vertreter des Zollvereins, mit Hannover, dem Vertreter des Steuervereins, einen Vertrag über den Beitritt dieses Landes und der mit ihm zollverbundenen Staaten zum Zollvereine geschlossen habe. Ueber die näheren Bedingungen dieser Uebereinkunft werden wir noch im Unklaren gelassen, und nur eine halblaute Stimme berichtet, daß der zur Zeit bestehende Zollvereins-Tarif zur Basis des Vertrages gemacht worden sei. Ist nun die Existenz eines solchen Vertrages eine Wahrheit, so hat die Nachricht, daß derselbe auf den Grundlagen des Zollvereins-Tarifs abgeschlossen worden sei, eine große innere Wahrscheinlichkeit. Denn zunächst steht so viel unbestreitbar fest, daß höhere Zoll-Ansätze, als die der Zollvereins-Tarif enthält, Gegenstand der Verhandlung mit dem Steuervereine nicht gewesen sein können. Ausdahn aber ist es nicht glaublich, daß Preußen, insofern es als Vertreter des Zollvereins gehandelt hat, auf niedrigere Zölle, als solche der gedachte Tarif enthält, für die Hauptzweige der produzierenden und fabrizirenden Thätigkeit des Zollvereins eingegangen sein sollte. Einzelne Aenderungen im Tarife und namentlich solche, welche nicht die Hauptrichtungen des gewerblichen Lebens innerhalb des Zollvereins berühren, dürften deshalb nicht abgeschlossen bleiben. Es erscheint uns aber deshalb nicht glaublich, daß tief einschneidende Aenderungen im Tarife zur Basis des Vertrages gemacht worden seien, weil die Zollsätze des gegenwärtigen Tarifs kaum hinreichen, die zollvereinsländische Industrie auf ihrem gegenwärtigen Standpunkte mühevoll zu erhalten und einzelne Branchen derselben langsam vorwärts zu führen, und weil diese Zollsätze in keinem Falle geeignet sind, die technische Kultur des Vereins auf die Stufe der Entwicklung zu heben, für welche die heimische Industrie so viel glückliche Elemente in sich birgt. Herabsetzungen in den Eisenzöllen müssen den Ruin unserer heimischen Eisenproduktion, in welcher so große Kapitalien und so viele Menschen arbeiten, herbeiführen. Der Bestand unserer Baumwollen- und Leinen-Industrie ist von der Beibehaltung der gegenwärtigen Zölle abhängig, und die zu so großer Blüthe gelangte, volkswirtschaftlich überaus wichtige heimische Zuckerproduktion hängt gleichfalls wesentlich von der angemessenen Besteuerung des indischen Zuckers ab. In ähnlicher Weise verhält es sich mit einer großen Zahl anderer Fabrikationen. Eine Herabsetzung der dieselben betreffenden Zölle wäre daher gleichbedeutend mit der Vernichtung eines großen Theils der technischen Kultur unseres Vaterlandes, und müßte den Verlust unendlicher Geldanlagen und das Verderben und die Noth zahlreicher Klassen der arbeitenden Bevölkerung zur Folge haben. — Aus der Hoffnung, daß kein Staatsmann dergleichen trostlose Zustände über das Vaterland bringen werde, schöpfen wir die Gründe, welche uns dafür zu sprechen scheinen, daß die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein nicht an Bedingungen geknüpft worden sei, welche eine Herabsetzung der Sätze des zollvereinsländischen Tarifs für die Hauptzweige der gewerblichen Thätigkeit verlangen.

Wir haben oben gesagt, daß unter dem gegenwärtigen Zollvereins-Tarife die Entwicklung des gewerblichen Lebens in dem Vereine nicht gefördert werde. Ueber diesen Punkt haben wir uns schon in früheren Artikeln ausgesprochen und dargelegt, daß die preussischen Propositionen auf der Kasseler Zollkonferenz uns das Minimum zu erhalten schienen, was der Industrie des Zollvereins geboten werden mußte, um dieselbe

auf den ihr naturgemäß zukommenden Höhenstandpunkt zu führen. Trotzdem würden wir einen Anschluß des Steuervereins an den Zollverein, insofern derselbe im Wesentlichen auf Grundlage des zur Zeit bestehenden mehrgedachten Tarifs erfolgt sein sollte, als ein glückliches Ereigniß betrachten. Die Verlegung der nördlichen Grenze des Zollvereins an die Nordsee wäre allein schon eines Opfers werth, das sich mit der Zeit um so mehr ausgleichen müßte, als der vergrößerte Markt innerhalb des Vereins und manche andere Vortheile reichlichen Ersatz versprechen. Ein wichtiges Moment tritt aber noch hinzu, welches Besorgnisse, daß der durch den Steuerverein vergrößerte Zollverein die bis dahin betretene Bahn des nationalen Fortschrittes auf dem Gebiete der Volkswirtschaft auf die Dauer verlassen werde, — zu beseitigen im Stande sein dürfte.

Der Eintritt Baierns, Württembergs und Badens in den Zollverein fand seiner Zeit bekanntlich darin die größten Schwierigkeiten, daß diesen Staaten der Tarif des damals bestehenden preussisch-hessischen Zollvereins viel zu hoch erschien. Und nach Verlauf eines Decenniums finden wir, daß gerade diese süddeutschen Staaten es sind, welchen der Zollvereins-Tarif nicht genügt, und die unaufhörlich auf Erhöhungen desselben hindrängen. In diesem kurzen Zeitraume hatte sich nämlich das industrielle Leben innerhalb jener Staaten so sehr entwickelt, daß ihre volkswirtschaftlichen Bedürfnisse und Ueberzeugungen gerade in das Gegentheil umgeschlagen waren.

Wir glauben ähnliche Wirkungen auf den bisherigen Steuer-Verein von dessen Eintreten in den Zollverein, insofern solches im Wesentlichen auf dem Fundamente unseres gegenwärtigen Tarifs erfolgt, erwarten zu dürfen. Denn alsdann sind im Steuervereine die Bedingungen zur Entfaltung von Industrien gegeben, die gegenwärtig dort fast ganz fehlen. Und andererseits kann es nicht zweifelhaft sein, daß gerade die Küsten der Nordsee es sind, welche sich vorzugsweise dazu eignen, daß besonders in der Nähe der großen Handelsstädte die Industrien an ihnen erstehen, in denen gegenwärtig Großbritannien die ganze Erde sich zinsbar gemacht hat. Für die spinnenden und webenden Industrien giebt es kein günstigeres Terrain in Deutschland, als eben die Nordseeküste, denn hier können große Märkte für das Rohmaterial, die uns so sehr fehlen, bequem gebildet werden; von hier aus sind die Fabrikate nach Deutschland hinein und überseits leicht zu vertreiben. Hier findet sich auch Unternehmungsgeist, Kapital und eine, industrielles Streben unterstützende, genügsame Bevölkerung.

Ist daher der Anschluß des Steuervereins an den Zollverein, wie wir wünschen und verhoffen, unter Annahme des Zollvereins-Tarifs erfolgt, so zweifeln wir nicht, daß die Ausdehnung des vereinsländischen Gebietes kein Hinderniß sein werde für den Ausbau unserer volkswirtschaftlichen Verhältnisse in nationalem Sinne. — Haben indessen diesem Anschlusse Opfer gebracht werden müssen, welche den Zoll-Tarif in seinen Positionen für die Haupt-Industriezweige des Zollvereins alteriren, so würden freilich nicht nur diese Hoffnungen schwinden, sondern wir hätten den materiellen Ruin des Zollvereins tief zu beklagen. Wir hoffen indessen, daß unsere Staatsmänner das Wohl des Vaterlandes nicht werden Preis gegeben haben!

Bei dieser ganzen Auseinandersetzung sind wir von der Annahme ausgegangen, daß Preußen in Vertretung des ganzen Zollvereins und nicht für sich allein den Vertrag mit dem Steuervereine abgeschlossen habe. Wäre diese Voraussetzung falsch und hätten wir abermals es zu bedauern, daß die materiellen Interessen den politischen untergeordnet worden seien, so läge die Vermuthung nicht fern, daß der Zolltarif selbst auch in wesentlichen Punkten Abänderungen erfahren habe. — Dann freilich hätten wir oben falsche Schlüsse gezogen und es bliebe alleinige Wahrheit die Trauer über die unserem Vaterlande bevorstehenden harten Prüfungen.

Breslau, 10. Sept. [Zur Situation.] Der zu Berlin so eben zum Abschluß gekommene Vertrag zwischen dem Zollvereine und dem Steuervereine nimmt unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch; denn je nach den Grundsätzen, welche dabei maßgebend waren, wird er für die Industrie-Provinzen, wie z. B. Schlesien, Segen bringen oder deren Ruin vollenden. Noch sind diese Grundsätze nicht bekannt und wir begnügen uns vorläufig, die einander zum Theil widersprechenden Nachrichten hier zusammenzustellen.

Zürs Erste scheint festzustehen, daß es sich um einen Vertrag zwischen dem Zollverein und dem Steuerverein handelt; auch scheint es wahrscheinlich zu sein, daß den Vereinsstaaten ein Präcipuum bewilligt worden, eine Bewilligung, deren Nothwendigkeit wir längst eingeräumt haben.

Die Woch. Z. versichert, daß dabei in keiner Weise von Bedingungen die Rede sei, welche eine Lockerung oder Sprengung des Zollvereins zur Folge haben könnten, sondern daß die allgemeinen Grundsätze leitend gewesen, welche die Basis des Zollvereins bilden und bisher seine Ausbreitung und seinen Bestand gesichert haben.

Den natürlichen Uebergang hätten dabei die Steuererhöhungen gegeben, welche Hannover im vorigen Jahre im Interesse einer höhern Staatseinnahme bei dem Steuerverein in Vorschlag und zur Annahme gebracht, und die eine Erhöhung der Eingangsabgabe auf einen finanziell wichtigen Artikel der Konsumtion und eine Erhöhung der Brennsteuer betrafen. Der Beitritt Oldenburgs scheint nach dem Vorgange Hannovers unzweifelhaft. Die Verhandlungen von Seiten dieses Staates sind durch den Ministerpräsidenten v. Rössing geführt worden, der in den letzten Tagen der Woche in Hannover anwesend war, und mehrere Mal mit den dortigen Ministern konferierte. — Die hannoverschen Blätter geben heut gleichfalls die Nachricht vom Abschlusse des Vertrages zwischen Preußen und Hannover, ohne indessen über dessen Inhalt nähere Angaben beibringen zu können. Die „Niedersächsische Zeitung“ ist das einzige dieser Blätter, welches eine sehr erfreuliche Unzufriedenheit über jenes wichtige Ereigniß ausdrückt. Die „hannoversche Presse“ bemerkt dazu: „Wenn an der politischen Bedeutung des in Rede stehenden Handelsvertrages gelegen ist, dem wird es lieb sein zu vernehmen, daß die Niedersächsische Zeitung zu seinen Gegnern gehört.“

Daß die Z. f. N. von einer Herabsetzung des Tarifs auf einen Durchschnittssatz von 10 pCt. spricht, erwähnen wir nur beiläufig, ohne weiter ein Gewicht darauf zu legen.

Im höchsten Grade bedenklich lassen sich das, offenbar offiziös benachrichtigte C. B. und die in Kabinetts-Geheimnisse am besten eingeweihte Kreuzzeitung vernehmen.

Das C. B. sagt ausdrücklich, daß der Abschluß des zu. Vertrages „als ein Sieg einer gemäßigt freihändlerischen Handelspolitik, die vorzugsweise auch die Interessen unserer Ostseeprovinzen, die in der letzten Zeit vielfach gelitten haben, im Auge hat, gelte.“ Der Handelsminister, Herr v. d. Heydt, der als Anhänger eines mächtigen Schutzzollsystems gilt, hat sich auf seiner jüngsten Reise durch Preußen und Pommern persönlich von der Nothwendigkeit überzeugt, diesen Provinzen aufzuhelfen. Eine mögliche Befreiung des Handels mußte als dauernde Hilfe vor Allem angesehen und so zu einer Handelspolitik zurückgeführt werden, von der man sich in den letzten Jahren entfernte. Herr v. d. Heydt hat den lebhaftesten Antheil an dem Zustandekommen des hier erwähnten Vertrages genommen. Die diesseitige Ratifikation des Vertrages steht gleich bei der Rückkehr Sr. Majestät bevor. Der Vertrag tritt mit dem 1. Januar 1854 in Kraft und ist seine Dauer auf zwölf Jahre festgesetzt.

Im selben Sinne spricht sich die Kreuzzeitung aus; sie steht in dem Vertrage die Annäherung an das Prinzip der absoluten Handelsfreiheit! Sie sagt: „Konnte ohne Zweifel vorläufig ein Tarif noch nicht festgesetzt werden, so ist doch in dem Vertrage schon eine Bürgschaft für die freihändlerische Richtung desselben zu erblicken, da ohne eine solche der ganze Vertrag nicht des Abschlusses werth wäre. Aus dieser Richtung folgt dann natürlich eine heilsame Mäßigung des in erschreckender Weise überhand nehmenden Schwindels jener Fabriken, welche nicht auf die Leistung und Fähigkeit der Produzenten, sondern auf die Höhe der Zollsätze begründet sind u. s. w.“

Wir könnten es der Kreuzzeitung nicht verargen, wenn sie über einen Vertrag jubelte, welcher die Industrie Preußens ruinirte; denn sie hat ihre Abneigung gegen die Industrie nie verleugnet, durch deren Einfluß das Uebergewicht der Boden-Aristokratie nothwendig paralytisch wird; wir hoffen aber, daß, wenn ein Vertrag im Sinne der Kreuzzeitung wirklich zu Stande gekommen sein sollte, die Kammern ihm in Erwägung der wahren Interessen der Nation ihre Zustimmung nicht gewähren würden.

Preußen.

Berlin, 9. Sept. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Bildhauer und Professor Riß in Berlin den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem fürstlich reuß-greizischen Infanterie-Bataillons-Kommandeur, Major Zenker, den rothen Adlerorden dritter Klasse; dem königlich hannoverschen Premier-Lieutenant und Ordnonanz-Offizier v. Kronenfeld und dem gräflich einsteleischen Hüttenmeister Trautsholdt zu Lauchhammer in der Provinz Sachsen, den rothen Adlerorden vierter Klasse; dem großherzoglich mecklenburg-schwerinschen Kammerjunker v. Boddien, den St. Johanniterorden; desgleichen dem Reitknecht Hoffmann bei der Ritter-Akademie zu Liegnitz, das allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Hüttenarbeiter Henkel zu Löderburg im Regierungs-Bezirk Magdeburg, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; gemäß der von dem Gemeinderathe zu Breslau getroffenen Wahl den Ober-Regierungsrath und Direktor der General-Kommission für Schlesien, Elwanger, als Bürgermeister der Stadt Breslau für eine zwölfjährige Amtsdauer, unter Entlassung aus dem Staatsdienste, zu bestätigen, und dem Rittersgutsbesitzer Busch auf Worsfelde, im Kreise Sternberg, den Titel „Ökonomie-Rath“ zu verleihen. — Der bisherige Bibliothek-Assistent, Dr. Gösche, ist zum Kustos bei der kaiserlichen königlichen Bibliothek, und der bisher mit der Verwaltung der Kustos-Funktionen bei der königlichen Universitäts-Bibliothek hieselbst provisorisch beauftragte Dr. Koner zum Kustos bei der letzteren ernannt worden.

Angekommen: der Fürst v. Pückler-Muskau, von Schloß Branitz. Ihre Excellenzen die königlich hannoverschen Staatsminister von Münchhausen und von Hammerstein, von Hannover. Der geheime Kabinettsrath Illaire, von Hohenzollern in Potsdam. — Abgereist: Se. Excellenz der königlich hannoversche Staatsminister v. Münchhausen, nach Hannover.

Berlin, 9. Sept. [Zur Tages-Chronik.] Von der Ernennung eines neuen preuß. Kanzlers für Neuenburg ist glaubwürdigem Vernehmen nach nicht die Rede. — Die in neuester Zeit vielfach zur Sprache gebrachte Behauptung, daß Oesterreich seinen Gesandten in Paris angewiesen habe, die Kandidatur Louis Napoleons nach Kräften zu unterstützen, scheint sich nicht zu bestätigen. Wir hören vielmehr von guter Hand, daß die Gesandten der drei Continentalmächte die gleiche Ordre haben, sich zunächst den verschiedenen Kandidaturen gegenüber möglichst passiv zu verhalten. Der russische Gesandte ist sogar angewiesen worden, seinen etwas zu vertrauten Verkehr mit dem Czar zu mäßigen. — Nichts desto weniger herrscht aber zwischen den hier genannten Legationen und dem gegenwärtigen französischen Gouvernement in anderer Beziehung ein vertrauter Verkehr. Man ist nämlich übereingekommen sich gegenseitig von allen Entdeckungen revolutionärer Propaganda Kunde zu geben und es

sind in dieser Beziehung Seitens der französischen Regierung über das Ergebnis der letzten zahlreichen Verhaftungen in Paris und den Departements auch unserer Regierung vorläufige Mittheilungen zugegangen. — Dem Vernehmen nach würde in einer der nächsten Sitzungen des Bundestags der bereits schon oft erwähnte Antrag auf Aufstellung eines kleinen Bundesheeres bei Frankfurt wirklich eingebracht werden. — Von einer in Aussicht stehenden Abberufung des österreichischen Bundespräsidial-Gesandten Herrn v. Thun ist hier in unterrichteten Kreisen nichts bekannt, ebenso wenig scheint man hier Anzeichen von einer Spannung zwischen unserm und dem österreichischen Bundestagsgesandten zu haben.

Die Theilnahme, die die berliner Geschäftswelt der neuen österreichischen Anleihe zuwendet, soll bis jetzt noch eine geringe sein und dürfte eine namhafte Betheiligung der preussischen Hauptstadt überhaupt schwerlich zu erwarten sein.

Der rheinische Revisions- und Cassationshof hält heute nach abgelaufenen Ferien seine erste Sitzung.

Wir haben neulich der von dem hiesigen „Corr. Bär.“ gebrachten Nachricht von einem bevorstehenden Fürsten-Congress widersprochen. Neuerdings schreibt dies Blatt wieder über einen „der Fischer Zusammenkunft folgenden größeren Fürsten-Congress“ und fügt daran allerlei Specialitäten. Nach Allem, was wir vernommen haben, ist an dieser ganzen Nachricht durchaus gar nichts Wahres.

Gestern wurde Herrn R. v. Bardeleben, früherem Redacteur der Constitutionellen Zeitung, die Anklageschrift und Vorladung wegen der im April d. J. in unserm Blatte auszugsweise abgedruckten „ungehaltenen Reden“ des Herrn Heinrich v. Arnim zugestellt. Herr v. Arnim als Hauptangeklagter ist natürlich gleichzeitig mit Hrn. v. Bardeleben vorgeladen, und zwar auf den 24. d. M.

Berlin, 9. Septbr. [Hof- und Personal-Nachrichten.] — Aufhebung der Bahnhof-Kontrolle. Se. Majestät der König werden heut Abend 8 Uhr bei Ihrer Rückkehr auf dem Potsdamer Bahnhof von den Spitzen der Behörden empfangen werden.

Im Ministerium des Innern fand gestern Abend eine Konferenz statt, welcher Seitens des Ministeriums der Herr Minister v. Westphalen, der Unterstaats-Sekretär von Manteuffel und der geh. Regierungsrath Noth, Seitens des hiesigen Polizeipräsidiums der Präsident v. Hinkeldey, der Ober-Regierungsrath Lüdemann und der Regierungsrath Dr. Gähler beizuhöhen. Dem Vernehmen nach ist der Gegenstand der Konferenz die Feststellung des Etats für das hiesige Polizeipräsidium pro 1852 gewesen.

Heute Mittag 12 Uhr trat das Staatsministerium in einer Sitzung zusammen. Gegenstand der Berathung dürfte die Besetzung der erledigten höheren Verwaltungsstellen gewesen sein.

Während der Abwesenheit des Oberbefehlshabers in den Marken, Generals der Kavallerie v. Wrangel, zu den Uebungen der Truppen der 6. Division vom 10. bis 13. d. Mts. übernimmt der kommandirende General des Garde-Corps, General-Lieutenant v. Dittewitz, die Geschäfte des Oberkommandos in den Marken.

Der kommandirende General des 2. Armee-Corps, v. Grabow, der vor einigen Tagen, von Teplitz kommend, hier eingetroffen war, ist heute Abend nach Stettin abgereist, um noch den dortigen Manövern beizuwohnen.

Das Polizeipräsidium hat mit dem Ende der vorigen Woche eine Maßregel aufgehoben, deren Entstehung noch aus der Zeit des Belagerungszustandes im Jahre 1848 datirt, und die nicht allein jedem Fremden, der Berlin besuchte, sondern auch den hiesigen Einwohnern, welche von einer Reise zurückkehrten, im höchsten Grade lästig und peinlich war. Die in dem Jahre 1848 angeordnete Kontrolle auf den hiesigen Eisenbahnhöfen ist aufgehoben und wird statt dessen nur in den Gasthöfen selbst eine Kontrolle des Fremdenverkehrs stattfinden.

[Ständische Angelegenheiten.] Vom brandenburgischen Provinzial-Landtage hören wir ferner, daß der schon gestern von uns erwähnte Ausschuss für die Gemeinde- u. s. w. Ordnung sich einstimmig den Abänderungs-Vorschlägen angeschlossen hat, durch welche die Regierung die Gefahren zu beseitigen strebt, die aus Einführung der unveränderten Gemeinde-Ordnung für das plattelande ungewissere Resultate würden. — Der gleichfalls schon erwähnte Ausschuss für die Wahlbezirke zur zweiten Kammer hat sich, wie es heißt, dagegen ausgesprochen, daß die Wahlbezirke bisher nicht selten willkürlich bestimmt worden sind, ohne Rücksicht auf die Grenzen, namentlich der landrätlichen Kreise. Er hat einstimmig vorgeschlagen, daß diesem Uebelstande abgeholfen, und bei Bildung der Wahlbezirke auf die bestehenden Verhältnisse zurückgegangen werde.

Die „Kölnische Ztg.“ berichtet, es habe die Regierung dem Provinzial-Landtage von Brandenburg 320,000 Thlr. zur Begründung einer Hilfskasse angewiesen, und wären bereits von dieser Summe 256,000 Thlr. in Staatskassenscheinen mit den Zinsen vom 4. Januar 1847 folglich ausgezahlt worden. Diese Mittheilung ist entschieden irthümlich. Der vereinigte Landtag hat bereits festgestellt, mit wie viel jede Provinz an der für das Institut der Hilfskassen überhaupt bestimmten Summe theilnehmen soll. Die ganze Summe wurde damals zum Theil baar deponirt, zum andern Theil wurde sie durch die der Provinz Preußen bewilligten Hilfs-gelder ergänzt. Diese Hilfs-gelder sind aber bis jetzt noch nicht zurückgezahlt, und auch den auf die Provinz Brandenburg fallenden Theil an dem niedergelegten baaren Fonds hat die Regierung noch nicht den Ständen ausgezahlt. Ueberhaupt ist die auf jede Provinz fallende Quote zur Zeit nicht genau normirt, indem eines Theils Zinsen von den der Provinz Preußen bewilligten Hilfs-geldern aufgelaufen sind, andern Theils durch den niedrigeren Stand der Staatskassenscheine ein Ausfall bei dem deponirten Fonds stattgefunden hat.

Der Oberpräsident von Preußen macht bekannt, daß die Eröffnung des westfälischen Provinzial-Landtages am 14. d. M. stattfindet und daß Graf Landsberg-Gehmen zum Landtags-Marschall, Baron Giesbert von Bodelschwingh-Plettenberg zum Stellvertreter und er selbst zum königl. Kommissarius ernannt worden sei.

[Die in Anregung gebrachte Umwandlung des Landwehr-Systems.] Die Agitation, die hier von verschiedenen Seiten her auf eine Umbildung der Landwehr hinarbeitet, wird, wie wir sicher erfahren, ohne Erfolg bleiben. Verschiedene, zum Theil sehr kollidirende Tendenzen wirken zusammen dafür, die Organisation der preussischen Wehrkraft vorerst unberührt zu lassen. Die Aenderungen, die in Vorschlag gebracht waren, sind übrigens so durchgreifender Natur, daß sie nicht, wie von hier auswärtigen Blättern mitgetheilt wurde, das Budget um 4, sondern um mehr als 10 Millionen belasten würden. Es würde allein die Anstellung von etwa 30,000 Unteroffizieren über die jetzige Zahl erforderlich sein.

✓ **Berlin, 7. Septbr. [Verordnung des evangel. Oberkirchenraths, die Verbindung von Kirche und Schule betreffend.]** Der evangel. Oberkirchenrath hat aus Veranlassung einer Aeußerung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten und in der Ueberzeugung, daß die Beaufsichtigung des Elementar-Schulwesens zu den wesentlichen Pflichten des geistlichen Amtes gehört, beschlossen, die enge Verbindung zwischen Kirche und Schule recht zu kräftigen, da das Gedeihen der Elementarschule eben so sehr durch die Verbindung mit der

Kirche bebingt, als die Wirksamkeit der Elementarschule für das Wohl der Kirche von Wichtigkeit ist.

Der evangelische Oberkirchenrath verordnet daher: die Superintendenzen und Pfarrer dürfen sich nicht darauf beschränken, bloß den Unterricht, welchen die Elementarschule im Christenthume erteilt, zu überwachen, sie haben vielmehr auch dahin zu sehen, daß der anderweitige Unterricht nicht, wie in den letzten Jahren häufig geschehen, benützt werde, widerchristliche Lehren zu verbreiten, daß er vielmehr die Richtung nehme, in welcher er, wie es seine Bestimmung mit sich bringt, geeignet ist, christlichen Glauben, christliche Erkenntnis und christliches Leben zu fördern. Die Pfarrer haben nicht bloß genügend oft und mit großer Sorgfalt die Schulen ihrer Gemeinden zu revidiren, sondern auch denjenigen Lehrern, die wegen nachlässiger Wahrnehmung ihres Amtes oder wegen geringer Befähigung einer besondern Ueberwachung bedürfen, eine unausgesetzte Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich ihnen durch Warnungen, Ermahnungen, Aufmunterungen, Rathschläge und Unterredungen über pädagogische Gegenstände nützlich zu machen.

Gewissenhafte Geistliche, heißt es dann weiter, werden, durchdrungen von der Wichtigkeit des Elementar-Unterrichts für das kirchliche Leben, es sich angelegen sein lassen, schwachen Lehrern zu ihrer weiteren Ausbildung behülflich zu sein, auch sie, so weit es möglich und mit ihren übrigen Amtsgeschäften vereinbar ist, in der Schule ersehen. — Mit dem Allen wird es ihnen um so besser gelingen, in je größerem Maße sie sich die Achtung und das Vertrauen der Lehrer zu erwerben gewußt haben.

Zugleich sind die Geistlichen darauf hinzuweisen, daß bei Beförderungen, Unterstützungs-Bewilligungen und sonstigen Auszeichnungen, ihre Leistungen für die Schule wesentlich mit in Erwägung gezogen werden sollen.

Zusatz der Redaktion. Aus einer vor uns liegenden Abschrift der Circular-Bekanntmachung dieses Gegenstandes in Schlesien ersehen wir, in wie würdiger Weise unser Konfessorium diesen Erlaß des Oberkirchenrathes aufgefaßt und der Geistlichkeit von Schlesien ans Herz gelegt hat. — Unsere evangelische Provinzial-Kirchenbehörde macht darauf aufmerksam, daß es, um den auf Hebung und Herstellung der Volksschule als eine Pflanzstätte christlich-kirchlichen Lebens gerichteten Bestrebungen der Geistlichen den Erfolg zu sichern, nicht bloß erforderlich sein werde, die ihnen als Schulausschreibern zustehenden Rechte wahrzunehmen und die ihnen als solchen gesetzlich obliegenden Pflichten, mit Pünktlichkeit zu üben, sondern sie werden auch das gerade jetzt in einer entscheidenden Entwicklung begriffene Schulwesen und die Unterrichtskunst zum Gegenstande eines anhaltenden und tiefer eingehenden Studiums zu machen, und sich so die Befähigung zu sichern haben, auf die Leitung der Schulen einen kräftigen und bestimmenden Einfluß zu gewinnen, aufgefordert.

Udernach, 6. Sept. [Keine Landtags-Wahl.] Wie kürzlich berichtet, haben die zur Ergänzung der Provinzial-Landtage von den hiesigen Urwählern ausersehenen Wahlmänner das ihnen zugedachte Mandat nicht angenommen, daher auf heute eine Neuwahl angeordnet war. Waren damals von etwa 150 Wahlmännern deren nur 6 erschienen, so war der heutige Wahlversuch noch mehr ein verunglückter, indem außer dem Wahl-Kommissar sich Niemand einfand. (Köln. Z.)

Danzig, 4. Septbr. [Marine.] Die in der Fabrik von Robinson Russel in London angefertigten, für die hier erbaute Kriegsdampfkorvette bestimmten beiden Dampfmaschinen von je 200 Pferdekraft sind mit dem Schiffe „Louise Charlotte“ hier angekommen. Die Korvette wird die Maschinen erst nach dem Ablafen vom Stapel einnehmen. Die Feierlichkeit wird um die Mitte dieses Monats stattfinden. (K. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 6. September. [Zu erwartende Maßregel gegen die Presse und die Vereine.] Der Senat von Frankfurt ist, wie man vernimmt, besonders aufgefordert worden, für eine Zägelung der lokalen demokratischen Presse Sorge zu tragen und gegen die demokratischen Vereine einzuschreiten. Ein Beschluß des Senats wird um so eher in Bälde erwartet, als das an ihn gestellte Ansinnen nachdrücklicher Art sein soll. — Das Plakkommando hat sich bei der hiesigen Behörde darüber beschwert, daß Personen es sich zur Aufgabe gestellt hätten, das Militär aufzureizen, und um Abhilfe ersucht, mit dem Bedeuten, daß es lediglich solchen durch die Behörden hintan zu haltenden Versuchen zuzuschreiben wäre, wenn aus ihnen der Bevölkerung der Stadt unangenehme Folgen erwüchsen. (Leipz. Z.)

Frankfurt, 7. Sept. [Der preussische Gesandte. — Die österreichische Anleihe.] Der preuss. Bundestags-Gesandte Herr v. Bismark-Schönhausen hat die nahe bei Bockenheim liegende, durch ihre architektonischen Schönheiten berühmte und seither von einem Baron v. Rothschild bewohnte Wiger'sche Villa auf längere Dauer gemiethet. — Das heute erschienene Patent in Betreff des neuen österreichischen Anlehens hat unsere Handelswelt in ungewöhnliche Bewegung versetzt. Von Seiten der Finanz-Verwaltung ist, wie es scheint, die Anordnung getroffen worden, daß die Rundmachung gleichzeitig an Einem Tage (heute) an den Haupt-Börsenplätzen erfolgte. Wie streng das Geheimniß bewahrt worden, beweist der Umstand, daß gestern, während das Patent hier schon zum Druck abgegeben war, die wiener Börse von dem Plane noch nicht unterrichtet war. Während vor ungefähr sechs Wochen das von wiener Häusern erlassene Circular mit den mutmaßlichen Anlehens-Bedingungen große Bestimmung an den Börsen und ein Fallen der Kurse hervorrief, sind dieselben auf die heutige Rundmachung bedeutend in die Höhe gegangen (3% Metall. 80, 4½% 70, Lombard. 77, Wechsel auf Wien 101½). — ein Beweis, daß der jetzige Plan der Anleihe bei Weitem mehr Anklang findet. Gleichwohl läßt sich über den wahrscheinlichen Erfolg dieser Finanz-Operation noch kein verlässiges Urtheil fällen. Man scheint hauptsächlich auch auf die Vertheilung holländischer Kapitalisten zu rechnen. Mehrere große Häuser in Amsterdam, Wien u. s. w. sollen bereits im Voraus ansehnliche Summen unterschrieben haben. Ohne einen solchen Rückhalt würde auch schwerlich der Finanz-Minister im jetzigen Augenblick mit dem Anlehensplan hervorgetreten sein. (Köln. Z.)

München, 7. Septbr. [Hr. v. Kleinschrod. — Bergsturz. — Vermischtes.] Herr Minister Kleinschrod, welcher eine Erholungsreise nach Italien angetreten, hat die Route über Hohen Schwangau genommen, wo derselbe gestern beim Könige Audienz hatte. Gutunterrichtete wollen wissen, daß v. Kleinschrod durch königl. Handbillet dahin berufen wurde, weil er seine Entlassung eingereicht haben soll, da zwischen der Krone und dem Ministerium sich vormärzliche Verwaltungsmänner einzubringen gewußt haben, die durch ihre Rathschläge alle freisinnigen Stellen aus den neuen Gesetzbüchern zu entfernen wissen, daher auch, wenn derartige ausgearbeitete Entwürfe der Krone zur Genehmigung unterbreitet werden, dieselben nicht selten förmlich umgearbeitet oder mit einer Anzahl von Anmerkungen versehen wieder an das Justizministerium

zurückgelangen. Diese Anstände, welche im königl. Kabinette auf Vorschlag vormärzlicher Minister erhoben werden, sollen Herrn v. Kleinschrod verleidet haben, das ihm anvertraute Portefeuille länger zu führen; der König hat indessen den gebetenen Austritt nicht genehmigt. — Hier eingetroffene Nachrichten aus Regenz melden, daß dort vom 31. August Abends ein Bergsturz begonnen hat. An genanntem Abende stürzten, durch vielen Regen aufgeweicht, Letten, Schutt, Steine und Felsstücke mit fürchterlichem Getöse über einen vorragenden Felsen (genannt Raggerloch) herab, verheerten Felder und bedrohten Häuser, die von den Bewohnern geräumt und verlassen wurden. Sogar die am Bodensee vorüberführende Landstraße neben den daran liegenden Gärten und Holzplätzen wurde mit tiefem Letten bedeckt, während Gerölle, Steine und Felsentrümmer in den weiter oben befindlichen Gärten sich ablagerten. Nach jedem neuen Regengusse stürzten neue Massen herab und ein großes Felsenstück, dessen Unterlage größtentheils schon weggespült ist, scheint ebenfalls noch herabzustürzen. Weicht auch dieses, so kann das Unglück ein großes werden, indem dadurch viele Häuser bedroht sind, deren Bewohner nun im unheimlichsten Zustande leben. Bei uns giebt sich eine Partei immer noch Mühe, diese Naturereignisse als eine Strafe Gottes für die sündige Menschheit auszuposaunen, und was fast unglaublich zu sein scheint, im heutigen „Volksboten“ kann man es schwarz auf weiß lesen, daß Gott, wenn die Menschen sich nicht bessern, noch mehr derartige Unglücke senden wird. — Große Sensation erregt, daß die bereits anberaumt gewesene Schwurgerichtsverhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Tyroler Zeitung“, Selvan Rauch, wieder abgesagt worden ist. Die Gründe warum, sind vorläufig noch unbekannt. — Ein Ministerialvorstand hat einige seiner Untergebenen, welche eine Wucht von Haaren im Gesichte trugen, darauf aufmerksam gemacht, daß es äußerst unanständig sei, wenn königl. Staatsdiener „Hecker-Bärte“ tragen. Um nicht in Ungnade zu kommen, ließen bereits einige des Beamtenstandes sich solche aus dem Gesichte entfernen.

Stuttgart, 6. September. [Die Verfassungs-Kommission] hat heute Mittag ihre Arbeiten beendet und sich aufgelöst. Die Finanzkommission wird sie am Schlusse der nächsten Woche, somit längstens in acht Tagen, beenden und sich dann gleichfalls auflösen. (Wirt. Z.)

Gotha, 5. Septbr. Wegen wichtiger und dringender Gegenstände hat das Staatsministerium den Landtag auf den 8. September einberufen. Man erwartet Vorlage auf Umgestaltung der Verfassung nach den Grundbestimmungen der Bundesverfassung.

Bremen, 5. September. [Erklärung des Großherzogs von Oldenburg.] Eine wichtige Nachricht kommt uns heute aus Oldenburg zu. Der Großherzog soll den Entschluß gefaßt haben, die Landesversammlung zur Vornahme jener Verfassungsabänderungen aufzufordern, welche durch die Umstände gebieterisch erheischt werden, und ihr dabei zu erklären, daß er persönlich sich zwar an die Verfassung gebunden achte, jedoch nöthigenfalls die Regierung zu Gunsten seines Nachfolgers niederlegen werde, der nicht gebunden sei. (N. Br. Z.)

Hannover, 7. September. [Die Beschwerdeschriften der Ritter.] Die „N. Z.“ schreibt: die Beschwerdeschrift der Ritterschaft der Fürstenthümer Calenberg, Göttingen und Grubenhagen gegen die k. hannoversche Landesregierung, wegen Beeinträchtigung ihrer verfassungsmäßigen Landstandschaftsrechte ist dem Vernehmen nach dem Bundestage bereits überreicht. Die Klagschrift selbst ist, als Manuscript gedruckt, seit Kurzen in Druck erschienen. — Die Beschwerdeschrift der Ritterschaft des Fürstenthums Hildesheim, wegen Verfassungsverletzung der hannoverschen Landesregierung, aus der Feder eines namhaften Berliner Rechtsgelehrten, ist gegenwärtig ebenfalls vollständig ausgearbeitet und wird in diesen Tagen zu Frankfurt der hohen Bundesversammlung überreicht werden. (Z. f. N.)

Hamburg, 8. Septbr. Die Bundes-Kommissarien in Holstein, General von Thümen und Graf von Mensdorff-Pouilly, sind nebst Gefolge hier eingetroffen und in Streits Hotel abgestiegen. Ebenfalls befindet sich der königl. dänische Generalleutnant v. Bülow. (H. Z.)

Kiel, 8. Septbr. Heute Nachmittag wurde folgendes Plakat an die Straßenwände unserer Stadt angeschlagen:

„Dänische Offiziere sind in Kiel wiederholt Insulten des Pöbels ausgesetzt gewesen. Um solchen Exzessen für die Zukunft vorzubeugen und die Schuldigen zur gebührenden strengen Bestrafung zu ziehen, ist den Behörden die größte Wachsamkeit zur Pflicht gemacht, und werden, falls dergleichen Unfug wieder verübt werden sollte, außerordentliche Maßregeln auf Kosten der Stadt Kiel angeordnet werden.“

Erst durch dieses Plakat aufmerksam gemacht, erkundigten wir uns nach dem Hergange und erfuhren Folgendes. Am Mittwoch, den 3ten d. Nachmittags, ritten zwei dänische Offiziere, welche sich hier aufhalten sollen, Namens Neergaard und Eybe, in Uniform nach Eckernförde und kehrten Abends zurück. Beide Male erregten sie die Aufmerksamkeit ungenozogener Duden, welche ihnen „Hannemann“ nachriefen und pfeifende Töne erschallen ließen. Es wäre zu wünschen, daß die Polizei, deren Personal erst seit Kurzem verstärkt ist, bald Gelegenheit fände, diesem Unfug zu steuern. — Uebrigens bemerken wir ausdrücklich, daß weiter nichts vorgefallen ist, wie denn die hier sich aufhaltenden dänischen Offiziere vom Publikum im Allgemeinen, selbst dem ungebildeten Theile desselben, unbelästigt und unbeachtet bleiben.

Nach einem in diesen Tagen bekannt gemachten General-Kommando-Befehl ist die Einberufung der 22jährigen Mannschaft dergestalt vorzunehmen, daß die letztere sich am 12ten d. M. bei den resp. Truppentheilen einzufinden hat und wird sofort nach deren Eintreffen die Beurlaubung der älteren Klassen stattfinden. (H. Z.)

Apenrade, 6. Septbr. Die Flensburger Zeitung berichtet in ihrer gestrigen Nummer von Ruhestörungen, die in Norburg und Gravenstein vorgefallen sein sollen, und bemerkt in letzterer Beziehung, daß die Stammverwandten von Apenrade in Gravenstein ein Tanzgelage veranstaltet, und den Tanzsaal mit schleswig-holsteinischen und deutsch-burschenschaftlichen Fahnen ausgeschmückt hätten. Dieses werde den Unwillen der lokalen Gravensteiner Einwohner erregt haben. Die Ruhe sei durch Gendarmen und Dragoner wieder hergestellt worden. Diese Erzählung strotzt von Unwahrheiten. Mit der Begebenheit hat es einfach folgende Bewandniß: Eine Anzahl junger Leute von hier, 50 an der Zahl, Herren und Damen, machten am 2ten d. auf zwölf Wagen eine Lusttour nach Gravenstein, um bei dem Gastwirth Storm zu tanzen. Die Gravensteiner Polizeibehörde hatte die hiezu erforderliche Erlaubnis erteilt. Bis 9 Uhr Abends ging Alles ruhig ab. Nun aber erschienen 16—20 Gendarmen, die sich alle in das Lokal drängten und mit ihren dampfenden Cigarren die Luft im kleinen Saale verpesteten. Während die Gesellschaft zu Tische saß, lehnten jene sich über die Stuhllehnen der Damen, dampften diesen den Cigarrenrauch ins Gesicht und sangen dabei

ihre schönen Lieder, als: „Dancken har Seier vunden, Iybsken har Graven funden“ (Der Däne hat den Sieg gewonnen, der Deutsche das Grab gefunden) u., brachten Toaste aus im dänischen Sinne, befehlen der Musik, ihre Gesänge zu begleiten, bei ihren Toasten Tusch zu blasen u. dgl. m. Auf Beschwerden bei der Polizeibehörde und dem anwesenden Wachtmeister der Gendarmen ward nicht gehört, sondern es erfolgte die Antwort: „daß es auf Befehl geschehe.“ Die Gesellschaft entschloß sich unter diesen Umständen zur Abreise. Als sie bei der Apotheke in Gravenstein anlangte, bemerkte man drei Personen, wovon die eine im vollen Trabe davonritt, und als sie zu der Gravensteiner Hölzung gelangte, zwei Mal durch Pfeifen ein Signal gab. Auf dieses Signal stürzte eine Anzahl erwachsener Männer hervor und bewarf die Wagen, während sie vorbeifuhren, mit Lehm und Steinen, wovon einige, die in den Wagen gefunden wurden, ein halbes Pfund wogen. So ward der Gesellschaft die unschuldige Freude vergällt! Von der Gesellschaft ist nur einer erheblich am Auge verletzt, die übrigen Theilnehmer sind mit Beulen davongekommen. (H. C.)

O e s t e r r e i c h .

* **Wien, 9. Sept.** [Tagesbericht.] Gestern ist die Erzherzogin Sophie und die Königin von Preußen hier eingetroffen. In Rusdorf, bis wohin der Kaiser ihnen entgegenfuhr, war eine Ehrenpforte errichtet. Die Geistlichkeit des Stiftes Klosterburg, die Beamten der Bezirkshauptmannschaft, der Gemeindevorstand, waren zum Empfang versammelt und weißgekleidete Mädchen bildeten Spalier. — Die Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Sardinien, in Betreff der Handelsangelegenheiten, sind so weit gediehen, daß österreichischer Seits der Zoll auf sardinische Weine auf 30 pCt. herabgesetzt, dagegen sardinischer Seits die österreichischen Gewebe ganz zu denselben Bedingungen zugelassen werden, wie die englischen und französischen.

Am 20. d. treffen die Statthalter aller Kronländer zu einer gemeinsamen Beratung hier ein.

Die südslav. Ztg. erblickt die orientalische Frage in einem sehr düsteren Lichte. England setze Alles daran, Griechenlands Seemacht zu vernichten, Egypten scheinbar wieder dem Sultan unterthänig zu machen, die Russen über den Kaukasus zurück zu werfen, Oesterreichs und Rußlands Einfluß im Innern der europäischen Türkei zu vernichten. Unter diesen gefährlichen Umständen findet es das genannte Blatt sehr sonderbar, daß wo alles in Frage gestellt werden kann, es gerade österreichische Blätter sind, welche gegen Ruhe und geordneten Fortschritt in der Türkei wählen, während es selbst alle Wechselfälle als nicht zum Vortheil Oesterreichs ausschlagend betrachtet. Namentlich werden die Wiener Blätter beschuldigt, daß sie stets die böswilligsten Neuigkeiten über Serbien bringen.

O. C. Eine Verordnung der Ministerien des Innern und der Finanzen steht in Aussicht, wodurch die Modalitäten der Tilgung der ermittelten Grundentlastungsschuldungs- und Ablösungskapitalien bekannt gemacht wird. Zu diesem Behufe bleibt den Verpflichteten die Wahl zwischen Annuitäten (Amortisationsraten, berechnet auf eine bestimmte Anzahl Jahre) oder fortlaufender entsprechender Verzinsung nebst Leistung des 20fachen Betrages der ermittelten Rente freigestellt.

An Urbatal-Entschädigungs-Vorschüssen wurden im Kronlande Ungarn während des Monats August l. J. nachstehende Summen bewilligt, und zwar:

im Kaschauer Regierungsdistrikte	44,239 fl. 41 $\frac{1}{2}$ Kr.
im Pestburger „	30,617 „ 42 „
im Pesth-Ostener „	30,828 „ — „
im Großwardeiner „	18,251 „ 15 „

[Der Eintritt Oesterreichs in den deutschen Bund.] Der Berliner Korrespondent des Lloyd schreibt: daß dieser Tage in Berlin eine russische Note des Inhalts eingegangen sei, daß das St. Petersburger Kabinet nicht allein der Idee des Eintritts des österreichischen Gesamtstaates in den deutschen Bund, sondern auch dem Ausspruche der beiden deutschen Großmächte, die Sache als eine rein deutsche Angelegenheit zu betrachten, vollständig beipflichte.

F r a n k r e i c h .

** **Paris, 7. Sept.** [Angebliche Ministerkrise. — Die Candidatur Joinvilles. — Vermischtes.] Im gestrigen Ministerrath wurde die baldige Veröffentlichung des länger schon ausgearbeiteten Wechsels in den Präfekturen und Unter-Präfekturen beschlossen. Wichtige Modifikationen des neuen Wahlgesetzes gaben Anlaß zu längerer, stürmischer Debatte. — Auch war heute das Gerücht allgemein verbreitet, daß Herr Leon Faucher nebst andern seiner Herren Kollegen austreten würde, so daß man im Stande wäre, der Versammlung bei ihrem Wiederausammentritt eine Modifikation des Wahlgesetzes vom 31. Mai vorzulegen. Hierin steht nämlich das Elysée das beste Mittel, der Candidatur Joinvilles entgegenzuwirken. Uebrigens dauert der Föderal-Krieg über die eventuelle Candidatur Joinvilles fort und die Parteien spielen dabei die Rolle, die ihnen ihr Interesse, ihre Neigungen und ihre Leidenschaften vorzeichnen. Eine sehr zweideutige Rolle spielt dabei wieder das „Journal des Debats“, welches vor einigen Tagen für Joinville eine Lanze brach und doch die angeblichen Enthüllungen der „Times“ über die Vorgänge zu Claremont wortgetreu bringt, obgleich dieselben unverkennbar in legitimistisch-bonapartistischem Sinne geschrieben sind und vom Journal „Orde“ das stärkste Dementi erhalten haben. Dieses Blatt versichert auf das Entschiedenste, daß man zu Claremont die Erklärung des Herrn Roger du Nord gut geheißt und daß unter der Familie Orleans der vollkommenste Einklang über ihr gemeinsames einzuhaltendes Benehmen herrsche, während die Legitimisten die Meinung zu verbreiten suchen, als wären die Brüder Joinvilles keineswegs mit der Haltung einverstanden, die er einzunehmen gedenkt. Aus den Mittheilungen selbst derer, die offenbar für Louis Napoleons Gewaltverlängerung sind, geht unzweideutig hervor, daß die Herzogin von Orleans die Präsidentschafts-Candidatur Joinvilles sehr gern sieht. Einem Aemter, der kürzlich mit ihr darüber sprach, soll sie folgende Antwort gegeben haben: „Joinville muß als Präsidentschafts-Candidat auftreten, denn dies ist von höchster Wichtigkeit für uns! Mein Bruder Joinville würde aufrichtiger, ehrlicher Präsident sein. Er würde die Republik wieder zurück geben, wie er sie überkommen, denn er wird seinen Eid auf die Verfassung nicht verletzen.“ Charakteristisch ist es, daß Joinville die Fusionisten, nämlich die Herren Guizot, Duchatel und Dumont, nicht sprechen wollte und als Guizot sich bei ihm anmeldete, ließ, wurde ihm der Bescheid, daß der Prinz nicht zu Hause sei. Die Legitimisten suchen den Glauben zu erregen, als herrsche Zwiespalt unter den Orleans, nur um jene zu verwirren, die für Joinville arbeiten möchten. Aus dem Allen läßt sich das Ergebnis ziehen, daß Prinz Joinville als Candidat auftreten wird, sobald seine Freunde in Frankreich sich dazu entschließen, ihn

aufzustellen. Die Bonaparte-Legitimisten suchen auch die Republikaner wider Joinville dadurch aufzuheben, daß sie insinuieren, daß Joinville eigentlich nur den Regenten für seinen Neffen spielen würde, der ein Paar Monde nach Ablauf der nächsten Präsidentschaftszeit majoren werden würde. Die Candidatur Joinvilles hätte freilich nur dann ernstliche Chancen, wenn die Demokratie sich ihr anschloße; da aber bisher nicht daran zu denken und der „National“ keinen Prinzen als Candidaten will, die vorgerückteren Demokraten noch weniger, so kann die Candidatur Joinvilles kein anderes Resultat haben, als daß sie die Stimmen nur zerplittern würde, wozu die noch hoffnungslosere Candidatur Larochejaqueins auch nur führen kann.

Bis auf einen Generalrath des Garddepartements, sind nun alle Resultate der Abstimmungen bekannt; neunundvierzig für Revision nach Art. 111, sechs: Revision in kürzester Frist, siebenzehn einfache Revision, 2 gegen dieselbe, drei haben keinen politischen Wunsch geäußert, sechs: Abschaffung des Art. 45 verlangt, einer die Revision im Sinne republikanischer Verbesserungen verlangt; die Wahlfrage wurde in 18 Generalräthen erörtert; sechs wollen Beschleunigung, einer hinausschieben, drei größere Zwischenräume, drei eine bestimmte, drei eine unbestimmte Zeit, vier verlangen Aufrechterhaltung des neuen Wahlgesetzes, dreizehn haben Anträge zur Abschaffung desselben verworfen, acht dieselben angenommen, ein Generalrath (Loiret) verworfen den Antrag auf allgemeine Amnestie, einer (Nordküsten) stimmte für den Antrag Cretons, Maine und Loire wies die Herabsetzung der Repräsentantenentschädigung zurück.

Die Truppen der Pariser Garnison sind heute ebenfalls, wie seit drei Tagen, konfignirt. Die Stadt ist aber so ruhig, daß an eine Störung gar nicht zu denken ist.

Die Lyoner Verurtheilten haben Berufung an den Kassationshof eingelegt.

Man spricht abermals von der Heirath der wegen ihres enormen Reichthums bekannten Miß Bourdett Coutts mit einer hochstehenden Persönlichkeit der Republik. Louis Bonaparte hat vor Jahren, als er noch Verbannter in England war, einen Korb erhalten. Ihre Ankunft in Lille, von wo sie nach Paris abreist, ist sogar telegraphisch hierher gemeldet worden.

Der „National“ behauptet, daß die Verhaftungen in Paris ein festgestellter Plan sei, dessen weitere Ausführung nicht auf sich warten lassen werde. Er selbst habe mehrere Tage früher schon von Rom aus die Nachricht erhalten, daß in ganz Europa umfassende Verhaftungen vorbereitet würden, wozu Frankreich ein Contingent von 500 Köpfen stellen würde. Drei Tage vor der Arrestation wurde bekanntlich das Zellengefängnis von seinen Bewohnern geleert. Wissen will endlich dieses Blatt, worin die „energische“ Unterstützung Bonapartes durch Schwarzenberg bestehen sollte und fragt, ob die Verhaftungen damit in Verbindung ständen? Die Hälfte der Verhafteten ist übrigens bereits frei gelassen. Die angeblich aufgefundenen Waffen, Munition u. dgl. beschränken sich auf ein zerbrochenes Rappier.

S c h w e i z .

C. B. [Die Verweisung des Dr. Baswiz] aus dem Kanton Neuenburg hat einen heftigen Kampf zwischen den verschiedenen Parteiblättern im Kanton hervorgerufen. Der Republicain, ein Organ der Regierung, rechtfertigt die Maßregel, weil Baswiz, ob schon nicht einmal zum bloßen Aufenthalt legitimirt, ärztliche Praxis ausübe habe. Der Impartial nimmt für den Vertriebenen heftig Partei. Seine Vertheidigung ist aber wunderbarlich genug. Er sagt: Baswiz habe gar nicht um Erlaubniß, sich im Kanton aufhalten zu dürfen, nachgesucht, eben weil er keine Legitimationspapiere besessen. Dies Blatt giebt übrigens nicht undeutlich zu verstehen, daß die Vertriebung ein Sieg der Royalisten, vielleicht eine Frucht der in Hohenzollern gewonnenen Ermuthigung sei; Baswiz habe am 1. März 1848 an der Spitze einer revolutionären Kolonne die königliche Regierung stürzen helfen, dieser Mittheilung wird die Nachricht beigelegt, daß von Bern aus Schritte geschehen werden, um von Neuenburg weitere Maßregeln ähnlicher Art zu erlangen.

S c h w e d e n .

Stockholm, 4. September. [Schluß des Reichstages.] Se. Majestät der König hat heute die diesjährige Session des Reichstages mittelst folgender Rede geschlossen:

„Gute Herren und schwedische Männer! Die seit der Eröffnung der gegenwärtigen Session verstrichene Periode ist mit anhaltender Sorgfalt zur Festigung des allgemeinen Wohlergehens verwendet worden. Ich bin dem Gange Ihrer wichtigen Beratungen aufmerksam gefolgt und gebe Ihnen im Namen des Vaterlandes dessen Dankbarkeit für den Eifer zu erkennen, den Sie seinen Interessen gewidmet. Bei der Rückkehr in Ihre Heimath werden Sie die befriedigende Ueberzeugung mitnehmen, Ihre Pflichten würdig erfüllt zu haben.“

Die Hoffnungen, welche die göttliche Vorsehung uns in Betreff einer lebhaften und ehestens gewärtigen Vermehrung Meines Hauses zu hegen gestattet, sind meinem Herzen eben so theuer als kostbar für die Zukunft der vereinigten Königreiche. Mögen die Bitten, die aus allen Herzen zu dem Throne des Allerhöchsten emporsteigen, von Ihm in seiner unermesslichen Güte gehört werden!

Der Entwurf wegen Reform der National-Vertretung, den Ich den Reichsständen während ihrer letzten Session mitgetheilt hatte, ist vom gegenwärtigen Reichstage nicht angenommen worden. Von Ihnen, meine Herren, hängt jetzt die weitere Entwicklung dieser wichtigen Frage ab und Ihr Patriotismus bietet Mir die hinlängliche Bürgschaft dafür, daß meine Hoffnungen keine Täuschung erfahren werden.

Die für die inneren Verbesserungen und das Vertheidigungswesen des Landes gemachten Bewilligungen lassen ein unzweifelhaftes Zeugniß für die würdige Art und Weise, wie Sie Ihre Aufgabe begriffen und sichern Ihnen Ansprüche auf Meine Dankbarkeit. Sie werden deren Früchte in der Vervollkommenung der Institutionen in Betreff der Gesetzgebung und des öffentlichen Erziehungs- und Unterstüßungswesens, sowie in der Entwicklung des Handels, der Industrie und des Landbaues ernten. Die Stärke unserer Landesvertheidigung wird den Wohlthaten des Friedens, deren wir theilhaftig sind, eine neue Sicherheit gewähren.

Sie haben Meinen Vorschlag wegen Vereinfachung der Abgaben und ihrer Erhebungsweise angenommen. Ich werde Ihnen bei Ihrer nächsten Zusammenkunft einen umständlichen Entwurf behufs der Ausführung dieses wichtigen Planes vorlegen lassen.

Ihr Beschluß wegen Gleichrichtung der Anlage einer Eisenbahn in den inneren Provinzen Schwedens beweist, daß Ihnen keine Last zu drückend erscheint, wenn es sich um die Wohlfahrt des Landes handelt. Die Wichtigkeit der Frage, die verhältnißmäßig bedeutenden Summen, deren Verwendung sie erheischt, und die Meinungsverschiedenheit, die noch in dieser Beziehung herrscht, legen Mir die Pflicht auf, ihr die reichliche Aufmerksamkeit zu widmen.

Indem Ich jetzt in Gemäßheit des § 109 des Grundgesetzes den Schluß Ihrer Session verändere, erschehe Ich den Segen des Himmels zu Gunsten des Vaterlandes und erneuere Ihnen, gute Herren und schwedische Männer, die Versicherungen Meines ganzen königl. Wohlwollens.“

Erste Beilage zu № 252 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag, den 11. September 1851.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 20. August. [Ein Beitrag zu den Zuständen der Türkei.] Das trotz aller europäischen Firnisse, mit welchem die Regierung die Zustände des Reichs zu übertrüben sucht, selbst die höhern Beamten (von der Mehrzahl der Bevölkerung gar nicht zu reden) noch weit davon entfernt sind, sich den Begriffen von abendländischer Kultur und Sitte zu nähern, geht aus folgendem zwar unscheinbaren, aber doch bezeichnenden Vorfall hervor. Der durch englischen Einfluß vor kurzem abgesetzte Statthalter von Smyrna, Halil-Pascha, hat nämlich seine ganze amtliche Korrespondenz an einen Krämer in Smyrna als Makulatur verkauft. Ein Deutscher, der zufällig in den Laden des Krämers trat, bekam die verkaufte Korrespondenz Halil-Pascha's zu Gesicht, würde jedoch von diesem hier zu Lande nicht ungewöhnlichen Falle keine weitere Notiz genommen haben, wenn sich nicht unter jenen Papieren ärgerlicher Weise auch ein eigenhändiger Brief der Brüder des Kaisers von Oesterreich befunden hätte, in welchem diese dem ehemaligen Statthalter für den bei ihm gefundenen Empfang dankten; desgleichen das Diplom des Ordens, welchen Halil-Pascha von der österreichischen Regierung empfangen hatte, und das die Unterschrift des Kaisers trug. Das vermuthliche Schicksal dieser Papiere wäre natürlich ein ihrer höchst unwürdiger gewesen, und sie wurden demselben nur durch diese zufällige Entdeckung eines unserer Landsleute entzogen. Die ganze Sache ist, wie gesagt, ohne alle Bedeutung an sich; es giebt aber gewisse Kleinigkeiten, in denen sich die Zustände eines Landes besser abspiegeln, als im Großen, und einen Beleg hierfür glauben wir in dem Berichteten gefunden zu haben. (D. A. Z.)

Amerika.

Stettin, 9. Septbr. [Nachrichten über Cuba.] Beim Abgang des letzten Post-Dampfschiffes von Havanna ist noch ein mit Bleistift geschriebener Brief gerade beim Postschiff an Bord befördert, derselbe scheint die letzten Nachrichten zu enthalten. Wir lassen ihn hier folgen:

Havanna, 17. August, 8 Uhr Morgens. In diesem Augenblick, beim Postschiff, sind die Almendans von Moriel gekommen. Sie bringen eine Anzahl verwundeter spanischer Truppen und die Nachricht, daß gestern ein heftiges Gefecht mit den Amerikanern stattgefunden hat, in dem 180 der letzteren erschossen sind und Lopez verwundet ist. Sie sagen, was möglicherweise spanische Prahlerei sein kann, daß sie den Rest heute zu vernichten hoffen. Was die Zahl betrifft, haben sie ohne Zweifel die Macht, denn wir glauben, daß die unglücklichen Eindringlinge von regulären Truppen wie von einem Bienenschwarm umgeben sind. (Dissee-Z.)

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 9. September. [Evangelischer Verein.] Vorsitzender Hofmann. Der Bericht aus den Zeitungen wird erstattet durch Weingärtner. Derselbe bespricht eine von Hofmann vorgelegte Uebersetzung von Apostelg. 2. 1—13 und daran angeknüpfte Fragen über die Ursache des erwähnten Geräusches und die Zahl der vor dem ersten Pfingsten vorhandenen Anhänger Jesu. Hofmann glaubt aus einer Uebersetzung Pauli dieselbe näher bestimmen zu können, was Weingärtner bezweifelt. — In der Besprechung über Schriftauslegung beleuchtet Gröger die verschiedenen Auslegungstheorien: die allegorische der Alexandriner, die römisch-katholische, die reformatorische von der Schriftauslegung durch den heiligen Geist, die Akkommodationshypothese und stellt als die wahre Theorie auf, daß jeder biblische Schriftsteller nach seinem Standpunkte und seiner Individualität beurtheilt werde, wozu historisch-kritische Bildung des Auslegers gehört. Weingärtner unterscheidet zwischen Willkür und Treue in der Auslegung. Willkürlich ist das Allegorisiren, wo in der Schrift keine Allegorie vorhanden ist; willkürlich die traditionell-kirchliche Auslegung und die von vorgefaßten Ansichten ausgehende Auslegung, wo sie ihre Meinung in die Schrift hineinbringen. Treue Auslegung erhebt sich über bloße Worttreue, die unklar bleibt; — sie faßt sprach- und geschichtskundig (grammatisch-historisch) den Schriftsteller auf, wie er sich ausgesprochen hat, theilt seinen Sinn ohne Färbung mit, spricht ihre Meinung klar aus und entnimmt und giebt daraus die gesunde Nahrung des Geistes. — Zum Schluß kündigt Weingärtner für die nächste Versammlung einen Antrag auf Unterstützung der abgesetzten schleswig-holsteinischen Geistlichen an.

Breslau, 4. Sept. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien.] Sitzung am 3. d. Das Protokoll der vorigen Sitzung genehmigt, außerdem wurde das Protokoll der monatlichen Vorstandssitzung vom 31. August verlesen, wonach der Vorstand einen neuen Weg vor- und eingeschlagen, um das Wirken des Vereins in der Provinz bekannt zu machen. Tagesordnung: Eingegangene Briefe.

a. Fortsetzung des Briefes von Hillebrand aus Waldenburg. Derselbe enthält die Fahrt von St. Domingo an bis nach Galveston und die Landreise bis S. Felipe. Hier nur einige bemerkenswerthe Bruchstücke aus dem Briefe. In der Nähe von Cuba wurde seine Frau, während eines ziemlich heftigen Windes ohne andere, als seine (Hillebrands) Hilfe, von einem gefunden Knaben schnell und glücklich entbunden. Das Bootenboot, womit der Kapitän und einige Passagiere nach Galveston ans Land fuhren, wäre beinahe versunken und alle Passagiere mußten mit Hüten und Mägen flüchtig Wasser schöpfen. Das Boot war nämlich von der Hitze vertrocknet und noch zu kurze Zeit im Wasser, um ganz verquollen zu sein. Bald nach der Ankunft in Galveston zerfiel die ganze Reisegesellschaft. Auf der Landreise, die mit Ochsenwagen gemacht wurde, mußte mehrmals im Freien übernachtet werden, wobei eine Heerde Wölfe durch furchtbares Geheul ihre ungewünschte Nähe ankündigte. Am 2. Reisetage wurde Kaffee gekocht und das Wasser dazu wurde aus einem Wagengeleise geschöpft. Ob auch dieser Kaffee sehr dick war und der Sand zwischen den Rädern hängen blieb, so schmeckte er doch vortreflich. Das Haus, in welchem Hillebrand in Texas fortan wohnen sollte, war noch sehr unvollkommen; die von den auf einander gelegten Balken gebildeten 3—4 Zoll weiten Zwischenräume waren noch nicht verlagert, es war keine Decke darin, die Dielen, Thüren und Fenster fehlten auch noch. Uebrigens war aber das Haus so auf das erste Bestehen Hillebrands stützt, daß der Hausbesitzer bei seinem Herausritt aus der Hausthür auf fremdem Grundeigenthum stand. — Schluß des Briefes in nächster Sitzung.

b. Ein Brief aus Mobile, Alabama, vom 4. Mai, enthält die Seereise, auf welcher mehrere alte Leute starben, so daß der Kapitän dem Schreiber des Briefes auftrag, in die Heimath zu schreiben, wie thöricht und gefährlich das Auswandern für alte Leute sei. In New-Orleans gelangte fand der Schreiber sofort Arbeit (er ist Schuhmacher). Flickerei an Schuhwerk wird gut bezahlt, ein Seitenstück mit ¼ Doll., Sohle und Fled mit 1½ Doll. Dabei wird Alles sehr leichtsinig gearbeitet, aber die Façon ist schön. Neue Stiefeln werden mit 8—9, Vorstich mit 6—7 Doll. bezahlt. Von New-Orleans fohelte Schreiber des Briefes nach Mobile über. Diese Stadt hat bereits 30,000 Einwohner. Die Behandlung der Negerklaven ist daselbst so mild, daß Mancher in Deutschland mit ihnen würde tauschen wollen. Von dem Lohne kann Schreiber wöchentlich 4 Doll. zurücklegen.

c. Ein neuer Brief von dem ehemaligen Buchhändler Schulz aus Breslau, gegenwärtig in Valdivia, Chile. Aus demselben geht hervor, daß die Kolonisation Valdivias noch in den Anfangen begriffen ist und namentlich deutsche Landbauer erforderlich sind, wenn etwas ausgerichtet werden soll. Die deutschen Arbeiter, namentlich Handwerker, werden zu Preisen bezahlt, wie man in Deutschland gar nicht erwartet. Aber die spanische Sprache ist mit einer Hauptbedingung guten Fortkommens. Das Klima ist herrlich, der Boden fruchtbar und außerordentlich billig, die Quadra (6½ Mrg.) 1 Doll., das Vieh ebenfalls, aber Alles was von Menschenhand kommt, ist theuer, sogar die Hühner-Eier, die doch nur aufgehoben zu werden brauchen, denn eine Henne kostet nicht mehr als 12 Eier. Milch und Butter sind ebenfalls sehr theuer, trotz der vielen Kühe, daher ein tüchtiger Landwirth gute Geschäfte machen kann. Wie sehr die chilenische Regierung um das Wohl der Einwanderer besorgt ist, geht daraus hervor, daß sie zur Unterstützung derselben jährlich eine Summe von 42,000 Thalern, und andere 42,000 zur Herstellung einer Dampfschiffahrts-Verbindung von Valparaiso der Küste entlang bis Chile ausgesandt hat. Am Schluß des Briefes rath er den Auswanderern, eine Menge der verschiedenartigsten Sachen an Kleidung, Handwerkszeug, Schießbedarf, Geschirren für Haus und Küche, Fenster- und Thürbeschlägen, Fensterglas, Schleifsteinen, Brennöl, Kochsalz, Tabak, Strickwolle, Sieben, Flaschen, Wäsche, Betten und vieles Andere mitzubringen.

d. Vom Vereine zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation zu Berlin ist nebst einem Schreiben der in New-York erschienene Atlas von Nord-Amerika von Morle eingesandt worden. Derselbe ist vortreflich gearbeitet, kostet 4 Rtl. 19 Sgr. und ist für die Vereins-Bibliothek angeschafft worden. Dabei klagt der Vorkämpfer, daß die Mitglieder die Bibliothek jezt so wenig benutzen, mithin die Ausgaben zur Vervollständigung der Bibliothek, welche jezt schon 100 Nummern zählt, umsonst gemacht sind.

Die Sitzung war zahlreich besucht. Unter den Anwesenden 7 Gäste. Schluß der Sitzung 9 ¼ Uhr. C. W.

Hirschberg, 8. Sept.

[Die Anwesenheit des Königs.] Sonntag den 7ten war zu Erdmannsdorf schon von früh an ein zahlreiches Publikum versammelt. Se. Majestät der König begaben sich zu Fuß in die Kirche und wohnten dem Gottesdienste bei. Aus der Kirche wiederum zu Fuß in das Schloß zurückgekehrt, geruhte Se. Majestät verschiedenen in Erdmannsdorf anwesenden Notabilitäten und Deputationen Audienz zu erteilen. Namentlich wurden die Schulzen des Kreises Hirschberg damit begnadigt. Dieselben überreichten Allerhöchstdemselben unter Vortritt der Schulzen Neumann aus Petersdorf, Ender aus Gottsdorf, Gräbel aus Straupitz, Brauner aus Seidrich und Strauß aus Schwarzbach eine Adresse. Nachdem Se. Majestät den Versammelten, welchen auch eine Deputation aus dem Kreise Bolkenshain zugetreten war, einige ernste, die Vorfälle aus den Jahren 1848 und 49 betreffende Worte gesagt hatten, äußersten Allerhöchstdieselben im verzeihenden Tone: „Sagen Sie dies Ihren Gemeinden unumwunden: wenn ein Rückfall der treulosen Handlungen der verwichenen Jahre eintreten sollte, so kehre ich Ihnen den Rücken und komme nie wieder.“ Hierauf wurde die Deputation entlassen. Auch eine Deputation der Stadt Löwenberg erhielt Audienz. Die Deputationen der Städte Schmiedeberg und Hirschberg wurden nicht angenommen. Zu Mittag beehrten Se. Majestät die Frau Gräfin Rieden in Buchwald, dann Ihre Durchl. die Frau Fürstin Reuß zu Stonsdorf und Se. Excellenz den Hrn. Graf Schaffgotsch zu Warmbrunn mit einem Besuche. Se. Maj. begleitete der geh. Staats-Minister und Ober-Kammerherr, Hr. Graf zu Stolberg, Exc. Gegen 4 Uhr kehrten Se. Majestät nach Erdmannsdorf zurück. Vor dem Schlosse stellten Se. Excellenz der Hr. General-Lieutenant Hiller von Gärtringen Sr. Majestät dem Könige die anwesenden Veteranen aus dem Befreiungskriege 1813 bis 15, an deren Spitze der königl. Major a. D. Krause stand, vor. Se. Majestät sprachen auf das Ausvollste mit jedem Einzelnen, nahmen eine Witschrift Allerhöchsteilbist entgegen und befahlen hierauf persönlich den Hrn. Major Krause zur Tafel. Nach Entlassung dieser Deputation begaben sich Se. Majestät zur Tafel, wozu gegen 71 Personen besohlen waren. Unter denselben befanden sich aus Hirschberg: Hr. Staats-Anwalt Hoffmann, Hr. Major Krause, Hr. Maj. v. Maltz, Hr. Kreisgerichts-Rath Richter, Hr. Bauinspektor Salzenberg und Hr. Maj. v. Unruh. Von früh bis gegen 5 Uhr war das Wetter schön gewesen, allein gegen Abend trübte es sich wieder und es fiel von Zeit zu Zeit heftiger Regen. Nach der Tafel erteilten noch Se. Majestät der König einer Deputation der Stadt Schweidnitz Audienz.

Montag den 8. früh gegen 7 Uhr verließen Se. Majestät der König wiederum Schloß Erdmannsdorf, um nach Berlin zurück zu reisen. Se. Majestät fuhren nicht die Chaussee, sondern über Stonsdorf, berührten nur die äußere Vorstadt Hirschbergs (den Sand) und gelangten bei der Häuslerschen Weinhalde auf die Greiffenberger Chaussee, um über Spiller, Löwenberg nach Bunzlau zu gelangen. (D. B. a. d. R.)

* Sagan.

[Der Besuch Sr. Majestät des Königs.] Am 8. d. M. Nachmittags 6 ½ Uhr kamen Se. Majestät der König von Preußen mit einem Extrazuge von Bunzlau her hier an. Auf dem hiesigen Bahnhofe, der festlich decorirt war, wurde Se. Majestät von Ihrer Durchlaucht der Frau Herzogin von Sagan in Begleitung des Grafen Schulenburg, des königlichen Landraths Grafen zu Dohna, des Kammergerichtsdirektors v. Elpöns, der Geistlichkeit beider Konfessionen, der Behörden der Stadt und Eisenbahn etc., so wie von einer zahllosen Menge empfangen. Ein donnerndes Hurrah riefen Tausende dem geliebten Fürsten entgegen. Hierauf fuhren die allerhöchsten und hohen Personen in dem Staatswagen Ihrer Durchlaucht durch den prachtvoll geschmückten Park ins herzogliche Schloß. Um 4 Uhr hatte ein Extrazug von Glogau her die dortige Schützengilde, so wie viele andere Personen aus Glogau und Umgegend nach Sagan gebracht. Die hiesige Schützengilde, so wie die Glogauer bildeten auf dem Wege nach der Fasanerie zu Spaller, durch welches Se. Majestät langsam fuhr. Des Abends war der herzogliche Park, so wie die Stadt aufs Prachtvollste erleuchtet und das Publikum wogte in den Gängen des Gartens und den Straßen der Stadt. Vor dem herzoglichen Schlosse ertönte die schöne Musik der Glogauer Schützengilde. Noch bis spät in die Nacht hinein dauerte der Jubel. Am andern Morgen um 11 ½ Uhr ließen sich Se. Majestät, nachdem Allerhöchstdieselben von einer Spazierfahrt zurückgekehrt waren, die Geistlichkeit, die Behörden der Stadt, viele hohe Beamte und die Lehrer im herzoglichen Schlosse vorstellen. Um 1 ½ Uhr nahmen Se. Majestät Parade über die zur Zeit hier anwesende 2. Batterie des 5. Artillerieregiments ab; 2 andere Batterien waren um des Manövers willen abwesend. Bald darauf fuhren Se. Majestät unter lautem Hurrahruf des zahlreich herbeigeströmten Publikums mit einem Extrazuge nach Berlin.

Hirschberg, 8. Septbr. Auf Verfügung des k. Kreis-Gerichts hieselbst wurde heute früh der aus Amerika zurückgekehrte Herr W. v. d. verhaftet. (Vote.)

* **Meiße, 6. Sept.** [Militärisches. — Sommertheater. — Entleerung. — Verschiedenes.] Heute Morgen sind die Truppen der hiesigen Garnison und zwar das 22. und 23. Infanterie-Regiment zu dem Herbstmanöver, welches in der Umgegend von Münstereberg stattfinden wird, ausgerückt. Die Bataillone haben nur die nöthigen Mannschaften zum Beziehen der Wachen und zur Bewachung der Militär-Strasenarbeiter zurückgelassen; die einzelnen Posten mit Gewehr vor den Wacht-Posten sind, so weit dies thunlich erschien, eingezogen, so daß die Regimenter in möglichst großer Stärke an den Uebungen Theil nehmen können. — Die Saison für unser Sommer-Theater geht mit Morgen zu Ende; bei dieser letzten Vorstellung der Gesellschaft des Schauspiel-Direktors Nachtigall wird zur Feier des Geburtstages des Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen ein Festgedicht gesprochen werden. Dem Vernehmen nach beabsichtigt Herr Nachtigall sich von hier nach Schweidnitz zu begeben. Nach Schließung des Sommertheaters für dieses Jahr wird sich das Publikum, welches bisher den theatralischen Vorstellungen beizugewohnt, theils dem Etablissement des Cafetier Bartsch, welcher das Musikchor der Glogauer 5. Pionnier-Abtheilung, (welche sich zu einer Uebung hier befindet,) für das Horn-Konzert engagirt hat, zu wenden, theils zur Erholung den unweit der Meisse unterhalb der Stadt gelegenen, von dem Restaurateur Kayser gepachteten Garten (ehemalige Blacha'sche Besitzung), welcher eine besonders schöne Aussicht auf das Gebirge und die Stadt darbietet, noch mehr als dies bereits schon geschehen, besuchen. Ein anderes, dem 22. Regiment angehöriges Etablissement, bei den Schießständen dieses Truppentheils gelegen, welches dem Besuche des Publikums zugänglich ist und sich auf einem die vorzüglichste Aussicht in der nähere Umgegend von Meisse gewährenden Punkte befindet, hat in neuester Zeit durch den Umbau der Wohnung des Unteroffiziers, welcher die Aufsicht über die Anlagen des Regiments führt, eine wesentliche Verbesserung erfahren, da auch ein Lokal geschaffen ist, welches die Besucher bei eintretendem Regenwetter unter Dach und Fach Schutz finden läßt. — Heute wurde der Körper eines jungen Mannes, welcher sich erschossen hatte, in der Nähe einer ziemlich entfernt von der Stadt gelegenen Festungsanlage aufgefunden und zur ärztlichen und polizeilichen Rekognoscirung nach dem hiesigen Stadthofe gebracht. Der junge Mann ist mit guter Bekleidung und seiner Wäsche versehen gewesen; Geld hat man bei ihm nicht gefunden. Bis jetzt scheint der Verstorbenen hier unbekannt zu sein, wiewohl im Publikum mancherlei Muthmaßungen über die Persönlichkeit desselben zirkuliren. — Die Gärten in der Umgegend sind mit Obst gesegnet; es ist zu beklagen, daß sehr viel noch nicht reif gewordenen Obst gekauft wird, da der Genuß desselben bei der jetzigen unbefriedigenden, zum Theil nasakalten Witterung wohl schwerlich zuträglich sein möchte. — Der Bau des Theatergebäudes schreitet rüstig vor, bereits ist die Frontmauer bis zur Höhe der ersten Etage gediehen.

* **Oblau, 9. Septbr.** [Entschädigung für die aufgehobene Stadt-Mauth. — Deich-Verband.] Die Regulirung der hiesigen Mauth-Angelegenheit, worüber seit einer Reihe von Jahren die Verhandlungen schwebten, geht ihrer definitiven Entscheidung entgegen. Die Stadt hatte nämlich durch Zahlung von 50 Mark (an die Bürger Peter Nigler und Johann Voit in Breslau und an die Vikarien der dortigen Kirche zum heil. Johannes) das Recht zur Erhebung einer städtischen Roß- und Viehmauth erworben. Die betreffende Urkunde, datirt vom Jahre 1346, ist unter Boleslaus, dem damaligen Herzoge von Schlesien, ausgestellt worden. Diese Erhebung, und zwar in so weit sie auf dem Chaussee-Zuge stattfand, wurde im Jahre 1842 aufgehoben, während die Erhebung des Zolles für die Benutzung der städtischen Nebenwege noch bis zum Januar d. J. fortbestand. Die Stadt bezog bisher, namentlich nach dem in den zwanziger Jahren vollendeten Chaussee-Bau eine sehr erhebliche Revenue, die bei einer guten Administration die Summe von 1000 Rthln. jährlich überstieg. Es ist nunmehr eine Entschädigung auf Grund des Gesetzes vom 16. Juni 1838 Seitens der k. Regierung durch Zahlung einer jährlichen Rente von 462 Rthln. oder 9240 Rthln. Ablösungs-Kapital proponirt worden. Falls die Stadt, welche binnen einer Präklusivfrist sich zu äußern, darauf eingeht, übernimmt der k. Fiskus nicht nur die Unterhaltung des ganzen Chaussee-Zuges auf städtischem Terrain nebst den dazu gehörigen Bestandtheilen, sondern auch die der Dohla-Brücke. Obgleich jene Rente der früher bezogenen Revenue nicht gleich kommt, so scheint doch mancher Grund für eine zustimmende Erklärung Seitens der Stadtbehörden vorhanden zu sein. Zunächst ist es zweifelhaft, und mußte erst durch den Rechtsweg entschieden werden, ob für das von der Stadt verwendete Anlagekapital eine Entschädigung gewährt wird. Sodann kann es nur erwünscht sein, eine ohnedies mit so vielen Arbeiten verbundene Regulirungs-Angelegenheit auf ein Mal, und zwar ohne Beschreitung des Rechtsweges, beseitigt zu sehen. — Wie wir hören, beabsichtigt der Staat die Bildung eines gesellschaftlichen Deich-Verbandes in unserer Gegend, welcher die Dörfer Baumbach, Märdorf, Zebitz, Stanowitz und Sackrau umfassen soll. Diese Maßregel ist um so nöthiger, als das dasige Deichwesen bisher nach einem bestimmten System nicht regulirt war. Die Einrichtung wird deshalb mancherlei Schwierigkeiten zu beseitigen haben, weil die Ober- und Oblau in ziemlich paralleler Richtung, an einzelnen Stellen nur einige Tausend Schritte von einander entfernt, fortlaufen, wodurch der Fall einer Zusammenströmung bei vorkommendem Hochwasser nicht selten eintritt. Da die Vermessung der gedachten Dörfer durch einen Geometer bereits angeordnet worden, scheint die Ausführung des Regulirungsplans nahe bevorzustehen. — Die Ober ist in den letzten Tagen um mehr als 4 Fuß gefallen, so daß die Schifffahrt, welche in diesem Jahre der günstigen Verhältnisse wegen sehr frequent war, wieder in vollem Gange ist.

Oppeln. Es sind ernannt: der seitherige Landrath-Amts-Verweser Bürgermeister Schmeffel, zum Landrath des Rosenberger Kreises, — der vormalige Verweser des Landrath-Amtes zu Löwenberg, Regierungs-Referendarius v. Elöner, zum Landrath und ihm die Verwaltung des Landrath-Amtes des Ratiborer Kreises übertragen, — der bisherige zweite Lehrer an der Gleitwiger Knappschule, zc. Schaub, zum Kantor und ersten Lehrer an der Kirche und Knappschule zu Malapane, — der katholische Schul-Adjutant Krause, hat die Lehrerstelle zu Ober-Ottitz, Ratiborer Kreises, — der Adjutant Kleinert, die Schullehrerstelle zu Dembiowhammer, Oppelner Kreises, — der Lehrer Florian zu Ziegenhals, Meißner Kreises, die Organisten- und Schullehrerstelle daselbst — und der Lehrer Dietrich zu Ziegenhals, eine Lehrerstelle bei der katholischen Stadtschule zu Neustadt D. S. erhalten, — die ehemaligen Unteroffiziere Gzigoos und Burda, sind als Chaussee-Ausscher angestellt worden. — Der Kreis-Richter Geest zu Pleß, zum Kreis-Gerichts-Rath; der interimistische Salarien-Kassen-Controleur und Sportel-Revisor Hellmann, definitiv zum Salarien-Kassen-Controleur und Sportel-Revisor bei dem Kreis-Gerichte zu Kreuzburg; der interimistische Gerichtsdienster und Gefangenwär-

ter Hahnel, definitiv zum Gerichtsdienster und Gefangenwärter bei dem Kreis-Gerichte zu Neustadt. — Ausgeschieden: der Appellations-Gerichts-Referendarius Ramisch, Befehl seines Uebertritts in das Departement des Kammer-Gerichts zu Berlin.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

* **Berlin, 9. September.** Unter den von der königlichen Akademie der Künste prämiirten Schülern der Kunst- und Gewerkschule zu Berlin befinden sich:

M. F. Seidler aus Grünberg, Formstecher, und
L. Schwedler aus Lauban, Steinbauer.

Sie erhielten als außerordentliche Anerkennung jeder zwei Geste Kupferwerke, nach dem Beruf eines jeden ausgewählt.

Ferner aus der Kunst-, Bau- und Handwerkerschule zu Breslau: — (140 Schüler unter Leitung des Direktors Gebauer und der Lehrer Professor Höcker, Baumeister Gottgetreu, Wegebaumeister Schüge und Bihlauer Mächtig. Die verminderte Schülerzahl (1850: 200) wurde zum Theil durch die ungünstigen Unterrichts-Lokalitäten veranlaßt.)

a. Die große silberne Medaille für Handwerker wurde 5 Schülern zuerkannt:

- 1) August Hoffmann aus Breslau, Maschinenbauer und Tischler.
- 2) Wilhelm Grundke aus Breslau, Zimmermann.
- 3) Viktor Hoffmann aus Breslau, Maurergesell.
- 4) Joseph Hesel aus Allersdorf bei Raumburg a. D., Maurergesell.
- 5) Florian Karsch aus Deutengrund, Maschinenbauer.

b. Die kleine silberne Medaille für Handwerker erhalten 11 Schüler:

- 1) Ernst Klopsch aus Breslau, Maurer.
- 2) Joseph Kreis aus Königsbütte, desgl.
- 3) Eduard Hornig aus Freiburg, Zimmermann.
- 4) Joseph Hoffmann aus Lewin, Maurer.
- 5) Julius Päsler aus Freiburg, desgl.
- 6) Julius Sperlich aus Neumarkt, desgl.
- 7) Karl Peuter aus Breslau, desgl.
- 8) Robert Gottschalk aus Strachwitz, Mühlenbauer.
- 9) Heinrich Menzel aus Binzig, von noch unbestimmten Gewerke.
- 10) Wilhelm Barneck aus Danzig, Maschinenbauer.
- 11) Friedrich Walther aus Bärwalde, Graveur.

c. Eine außerordentliche Anerkennung erhält:

Florian Karsch aus Neurode, Maler, drei Geste.

d. Öffentliches Lob hat verdient:

Gustav Macholke aus Breslau, Maurer.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 10. Septbr. [Schwurgericht.] Untersuchung wider den Disponenten Nathanael Gustav Krüger aus Zarki, wegen öffentlicher Beleidigung und Verleumdung eines öffentlichen Beamten in Bezug auf seinen Beruf.

Staatsanwalt: Assessor Dr. Falk. Verteidiger: Rechtsanwalt Krug.

Gefchworene: Zwingler, K. Hahn, v. Rostk, Umandi, Lachwitz, Döring, J. Neugebauer, Harrer, Schmidt jun., K. Schubert, Meißner, Schadenberg.

Die Nr. 44 der „Breslauer Zeitung“, ausgegeben am 13. Februar v. J., brachte unter der Rubrik „Inserat“ einen in Nr. 33 der „Neuen Preussischen Zeitung“ abgedruckt gewesenen Artikel.

Dieser enthält wider den Vorsitzenden der königlichen General-Direktion der Seehandlungsgesellschaft, Bloch, die Anschuldigung der vorsätzlichen Verletzung seiner Amtspflichten, indem ihm betrügerische Benachtheiligung des durch ihn geleiteten Seehandlungsinstituts zum Vortheil der mit ihm verwandten Personen, so wie Juden überhaupt vorgeworfen wird, und begründet sonach — da die Wahrheit der vorgetragenen Behauptungen seitens des Bloch bestritten, anderweitig aber nicht erwiesen ist — das Verbrechen der öffentlich begangenen Beleidigung und Verleumdung eines öffentlichen Beamten in Beziehung auf seinen Beruf. — Das Erscheinen dieses Artikels in der Breslauer Zeitung, welcher, wie dies an seinem Eingange erwähnt ist, schon in Nr. 33 der Neuen Preussischen Zeitung, ausgegeben am 10. Februar 1850, fast wörtlich abgedruckt war, ist durch den früheren Disponenten der hiesigen Maschinenbauanstalt, Krüger, aus Elbing gebürtig, gegenwärtig zu Zarki in russisch Polen wohnhaft, 37 Jahre alt und evangelisch, veranlaßt worden, indem er denselben der Expedition der Breslauer Zeitung zur Aufnahme unter die Inserate übergeben hat, wie dies durch das Zeugniß des Buchhalters Herrn Adolph Kudraß und das außergerichtliche Geständniß des Angeklagten festgestellt ist. Er hat nämlich zu dem Techniker der hiesigen Maschinenbauanstalt Schmidt geäußert: „er habe dem Redakteur der Breslauer Zeitung, Herrn Kudraß, den Artikel zur Insertion übergeben“ und hat eine ähnliche Mittheilung auch dem Seehandlungs-Buchhalter v. Leipziger zu Berlin gemacht, obgleich dieser sich nicht mehr genau erinnern kann, ob Krüger dabei die Worte gebraucht: „er habe den Kudraß zur Aufnahme des Artikels in die Breslauer Zeitung veranlaßt“ oder „er habe ihn darauf aufmerksam gemacht.“

Außerdem ergibt sich die behauptete Thätigkeit des Krüger in Rücksicht der Insertion des in Rede stehenden Artikels, aus der bei den Akten befindlichen, von Krüger anerkannten Korrespondenz zwischen ihm und Herrn Kudraß. Derselbe ist laut des Angeklagten, bezüglich der Breslauer Zeitung für den Verfasser des Artikels zu erachten und als solcher für dessen Inhalt, gemäß § 12 der Verordnung vom 30. Juni 1849 zunächst verantwortlich. Der Generaldirektor Bloch hat seine Bestrafung verlangt und die königliche Staatsanwaltschaft erhob demgemäß die Anklage.

Vom Präsidenten befragt, erklärt sich der Angeklagte für nicht schuldig. Er bestreitet, den infrimirt Artikel der Expedition der Breslauer Zeitung zur Insertion übergeben zu haben, er will ihn vielmehr nur dem Herrn Kudraß, mit welchem er in Geschäftsverbindung gestanden, zur Aufnahme in die Zeitung empfohlen haben. Bei dieser Gelegenheit habe Herr Kudraß diejenigen Stellen des Artikels, welche dem Angeklagten als unrichtig bekannt waren, mit einem Fragezeichen versehen und das dem Seehandlungs-Asseffor Scheidtmann fälschlich beigelegte Prädicat „jüdisch“ weggegriffen. Die Folgerung der Staatsanwaltschaft, daß er (Krüger) durch Veröffentlichung des aus der Kreuzzeitung entlehnten Artikels den Vorsitzenden der Seehandlungsgesellschaft habe beleidigen wollen, nimmt der Angeklagte ebenfalls in Abrede.

Es wird zur Beweisaufnahme geschritten. Herr Kudraß bezeugt, der Angeklagte habe ihm das fragliche Inserat vorgelegt. Die Aufnahme desselben erfolgte unter Verantwortlichkeit des Einfenders, welcher für die in dem infrimirt Artikel aufgestellten Behauptungen den Beweis der Wahrheit antreten wollte. Auf Verlangen des Einfenders wurde in dem Artikel ein unrichtiger Passus gestrichen, bei zweifelhaften Stellen aber ein Fragezeichen hinzugefügt. Herr Krüger wünschte, daß sein Name aus Rücksicht für seine Stellung als Beamter der Seehandlung so lange verschwiegen würde, bis dessen Nennung unumgänglich nöthig wäre. Dies versprach Herr Kudraß. Inzwischen hatte Herr Direktor Bloch bei der hiesigen Staatsanwaltschaft die Untersuchung gegen den ihm unbekannten Einfender des Inserats beantragt, und Herr Krüger reifte nun, da der Verdacht auf einige seiner Kollegen fiel, nach Berlin, um sich vor dem Chef der Seehandlung persönlich zu rechtfertigen. Damals war auch Herr Kudraß in Berlin anwesend und erhielt von Herrn Bloch die Zusage, daß er den Einfender des Inserats, wenn er sich ihm offen nenne, außer Verfolgung lassen würde. Die Rechnung über die Insertionsgebühren wurde Herrn Krüger durch die Expedition der Inserate zugestellt. Ob dieselben bezahlt worden, weiß Zeuge nicht anzugeben.

Der Zeuge Schmidt war eines Abends im Kieflingh'schen Keller mit dem Angeklagten Krüger und dem Seehandlungs-Buchhalter v. Leipziger zusammen. Dieser hatte den infrimirt Artikel der Nr. 33. Jtg. bei sich und ließ ihn unter seinen Kollegen zirkuliren. Es wurde der Vorschlag gemacht und angenommen, den Aufsatz auch in den hiesigen Zeitungen abdrucken zu lassen. Krüger übernahm den Auftrag dazu für die Breslauer Zeitung, während Zeuge selbst sich erbot, die Aufnahme des fraglichen Artikels in die Schles. Zeitung zu bewirken, wo er jedoch abgewiesen wurde, da er persönlich nicht gekannt war. Hr. Krüger erzählte darauf dem Zeugen, Hr. Kudraß habe keine Insertionsgebühren genommen. Später war Zeuge im Auftrage des Angeklagten bei Herrn Kudraß, um diesen zu bitten, er möge den Namen Krügers ver-

zweigen, was auch von Hrn. Rudraß unter der Maßgabe zugesagt wurde, daß Krüger selbst sich über seine Betheiligung bei Veröffentlichung des Artikels gegen Niemanden auslassen möge. Da jedoch Hr. Bloch Verdacht hegte, welcher besonders die Herren Schmidt und v. Leipziger traf, so erbot sich Krüger, nach Berlin zu reisen und dort für den Artikel einzutreten.

Diese Thatsache wird auch vom Angeklagten auf die desfallsige Frage des Präsidenten eingeräumt. Hr. Bloch wies ihn an den Syndikus der Seehandlung, Hrn. Finanzrath Bode, vor welchem er seine Betheiligung an der Sache zu Protokoll gab und mittelst Handschlages an Eidesstatt betätigte. Diese bei den Alten befindliche Auslassung wird durch den Präsidenten verlesen. Davon, daß er selbst die Sache anzeigen wollte, hatte der Angeklagte, wie er heute zugiebt, Hrn. Rudraß vorher nichts gesagt. Zwei Briefe, welche der Angeklagte von Erdmannsdorf aus an Hrn. Rudraß geschrieben, werden vom Präsidenten ebenfalls mitgeteilt. Der Angeklagte bekennt sich zum Inhalte dieser Schreiben, in denen er sich anheischig machte, die Wahrheit der in dem inkriminierten Artikel aufgestellten Behauptungen durch Thatsachen nachzuweisen, und angiebt, dies sei zum Theil schon dem Redakteur der Kreuzzeitung, Hrn. Wagner, gelungen und werde auch hier nicht schwer halten u.

Vor dem Schlusse des Requisitionsbereichs bemerkt die Verteidigung, die Anklageschrift sei ihrem Defensenden erst am 31. August behändigt worden, wodurch ihm die Möglichkeit benommen wurde, den Beweis der Wahrheit anzutreten. Die Verteidigung beantragt deshalb die Vertagung des Termins. Die Staatsanwaltschaft erklärt sich gegen die Vertagung, und der Gerichtshof tritt dieser Ansicht bei.

Die Staatsanwaltschaft führt nun diejenigen Momente an, welche den Angeklagten in der vorliegenden Untersuchungsfache belasten. Die Vorwürfe, welche der Inkriminierte dem Hrn. Bloch machte, seien durch nichts erwiesen. Vielmehr habe der frühere Finanzminister Hr. von Rabe die Verdienste des Hrn. Bloch um das Institut der Seehandlung in einem an Herrn Bloch gerichteten Schreiben anerkannt. Dieses Schreiben wurde vollständig mitgeteilt. In Bezug auf das von Hrn. Rudraß deponierte Zeugnis führte die Staatsanwaltschaft an, daß Hr. Rudraß kein Interesse zur Sache hatte, da Hr. Bloch gegen diesen die Anklage zurückgenommen. Der Thatbestand der Verleumdung eines Beamten liege also vor: es sei gleichgültig, ob die N. Fr. Ztg. den fraglichen Artikel vorher gebracht. Hieraus stellt der Redner auch die den Angeklagten entlastenden Thatsachen zusammen und giebt den Ausspruch dem Ernste der Herren Geschworenen anheim.

Die Verteidigung vernimmt ihren Klienten vor der in der Anklage geltend gemachten Ansicht, daß er als Verfasser des fraglichen Artikels anzusehen und zu bestrafen sei. Aus dem Erscheinen des Angeklagten, welcher sich gegenwärtig im russischen Polen aufhalte, gehe hervor, daß derselbe sich im Gefühl der Unschuld gestellt habe. Der Artikel war für die Beamten der Seehandlung von Interesse, die Veröffentlichung erfolgte aber nicht durch den Angeklagten allein, sondern unter Mitwirkung der Expedition der Breslauer Zeitung. Die Verteidigung beantragt aus voller Ueberzeugung das Nichtschuldig.

Den Geschworenen wurden zwei Fragen vorgelegt, welche beide mit „nichts schuldig“ beantwortet wurden. Demgemäß erfolgte auch die richterliche Freisprechung des Angeklagten.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde der bereits am 7. Mai v. J. verhandelte Prozeß wider den Kaufmann Blasius aus Sulau, wegen muthwilligen Bankrotts, wieder aufgenommen. Die Untersuchung war damals auf Antrag der Verteidigung in Uebereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft vertagt worden. Zur Feststellung der Thatsache, daß der Angeklagte zur Vergrößerung der Masse seines Geschäfts neue Schulden ohne Aussicht auf deren Rückzahlung kontrahirt — wurde das Gutachten zweier sachverständiger Kaufleute eingeholt, welches zu Gunsten des Angeklagten ausfiel. Am Schlusse der gestrigen Beweisaufnahme erklärten die Geschworenen den Angeklagten für nicht schuldig und der Gerichtshof sprach denselben frei.

□ **Kompetenz für Preßvergehen.** Nach Art. 93 der Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848 erfolgt bei den mit schweren Strafen bedrohten Verbrechen und bei Preßvergehen die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene. Im Zusammenhange hiermit bestimmte der § 60 der Verordnung vom 3. Januar 1849,

daß die politischen und Preßverbrechen vor das Schwurgericht gehören sollen, und von den Preßvergehen waren nur diejenigen Vergehen ausgenommen, bei welchen die Strafe von dem Urtheile einer Privatperson bedingt ist, oder die Strafe nur in den durch das Gesetz vom 17. März 1848 angeordneten Geldbußen besteht.

In der Verordnung vom 30. Juni 1849 (§ 39) wurde dieser Grundsatz festgehalten, und nur folgende Ausnahmen zugelassen:

- a) Konventionen gegen die polizeilichen Bestimmungen über die Ordnung der Presse,
- b) Verleumdungen gegen Behörden und dergl.

Nach Art. 94 der endgültig festgestellten Verfassung vom 30. Januar 1850 sollen alle Preßvergehen, welche das Gesetz nicht ausdrücklich ausnimmt, vor die Schwurgerichte gehören. Zur Zeit, wo dieser Grundsatz ausgesprochen wurde, waren durch das Gesetz vom 30. Juni 1849 nur die angegebenen Vergehen von der Kompetenz der Schwurgerichte ausgeschlossen. Der Vorbehalt, daß noch durch ein späteres Gesetz die Ausnahmen näher festgelegt oder erweitert werden sollten, ist nicht gemacht worden und sonach kann auch nicht zugegeben werden, daß das Preßgesetz vom 12. Mai 1851, welches im § 27 nur die mittelst der Presse verübten Vergehen, welche mit Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren bedroht sind, zur Kompetenz der Schwurgerichte verwiesen hat, mit dem Art. 94 der Verfassung vom 30. Januar 1850, im Einklange stehe. Bei der Beratung über den § 27 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 wurde jedoch von der Majorität in den Kammern angenommen, daß der Art. 94 der Verfassungsurkunde vom 30. Januar 1850 auch die rechtliche Möglichkeit einer künftigen Ausnahmegesetzgebung zulasse. Unter allen Umständen, auch wenn man sich für künftige Gesetze durch Art. 94 der Verfassungsurkunde vom 30. Januar 1851 nicht die Hände binden wollte, ist es unzweifelhaft dem Geiste des Art. 94 zuwider, wenn die von der Verfassung gestattete Ausnahme zur Regel erhoben worden ist. Daß dies aber durch den § 27 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 geschehen, bedarf keiner näheren Ausführung, da nach diesem § von den durch die Presse begangenen Verbrechen nur noch die Verbrechen der verletzten Ehrfurcht gegen den König und die Aufforderung oder Anreizung zum Hochverrathe, Landesverrathe u. s. w. der Kognition der Geschworenen vorbehalten sind. Da übrigens nach Art. 95 der Verfassungsurkunde vom 30. Januar 1850 im Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Verbrechen des Hochverrathe und die schweren Verbrechen gegen die innere und äußere Sicherheit des Staats einem befondern Schwurgerichtshofe überwiesen werden dürfen, so werden zuletzt alle Preßverbrechen den ordentlichen Schwurgerichten entzogen sein, und der Art. 94 der Verfassungsurkunde in Bezug auf Preßvergehen ohne praktische Anwendbarkeit bleiben. Auch in anderer, als der hier angedeuteten Beziehung, ist der § 27 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 nicht ohne Zweifel geblieben. In neuester Zeit hat das königl. Stadgericht in Berlin den Einwand der Verteidigung, daß politische durch die Presse verübte Vergehen zur Kompetenz der Schwurgerichte gehören, zwar verworfen, aber anerkannt, daß es ein Widerspruch sei, daß die politischen Preßvergehen vor sein Forum gehören, die durch mündliche Äußerungen begangenen aber vor das Schwurgericht kommen. Des § 27 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 ungeachtet wird jedoch die Kompetenz der Schwurgerichte bei politischen Preßvergehen anerkannt werden müssen. Der Art. 94 der Verfassungsurkunde vom 30. Januar 1850 bestimmt wörtlich:

„Bei den mit schweren Strafen bedrohten Verbrechen, bei allen politischen Verbrechen und bei allen Preßvergehen, welche das Gesetz nicht ausnimmt, erfolgt die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene.“

Hieraus sollte die Entscheidung durch Geschworene eintreten:

- a) bei allen mit schweren Strafen bedrohten Verbrechen ohne Unterschied, ob dieselben politische oder andere Verbrechen und ob dieselben durch die Presse oder in anderer Weise begangen worden,
- b) bei allen politischen Verbrechen ohne Unterschied, ob dieselben durch die Presse oder in anderer Weise begangen worden,
- c) bei allen Preßvergehen, welche das Gesetz nicht ausdrücklich ausnimmt.

Diese Stufenleiter ist offenbar eine abwärts schreitende, dergestalt, daß die darin vorangehende Kategorie jedes Mal die nächstfolgende absorbiert. Ist also eine durch die Presse begangene strafbare Handlung zur Kategorie a oder b gehörig, so gehört sie schon deshalb zur Kompetenz der Schwurgerichte und nur dann, wenn sie nicht unter die Kategorien a oder b fällt, kann sie als unter der Kategorie c begriffen in Betracht kommen. Wäre es insbesondere die Absicht gewesen, die durch die Presse verübten politischen Vergehen theilweise den Schwurgerichten zu entziehen, so würde im zweiten Satztheile des Alinea 1 des Art. 94 nicht

gesagt worden sein: „bei allen politischen Verbrechen.“ Gerade das Wort „allen“ an dieser Stelle hat der Auslegung vorbeugen sollen, als sei der hinter dem Worte „Preßvergehen“ eingeschaltete Satz: „welche das Gesetz nicht ausdrücklich ausnimmt“, auch auf die „politischen Verbrechen“ zu beziehen. Endlich ist auch nicht abzusehen, daß ein politisches Verbrechen hinsichtlich seiner Strafbarkeit u. s. w. bloß darum einem andern Verfahren unterliegen sollte, weil es durch die Presse verübt worden ist. Im Gegentheile wird dieser Umstand ein Argument mehr sein müssen, um dasselbe vor die Schwurgerichte zu verweisen.

Berlin, 9. Septbr. Das königl. Ober-Tribunal verhandelte in seiner gestrigen Sitzung den Hochverrathe-Prozeß gegen den Schauspieler Trezzia in letzter Instanz. Der Angeklagte wurde bekanntlich wegen seiner Theilnahme an dem badiſchen Aufstande zur Untersuchung gezogen, und da er sich selbst für schuldig erklärte, von dem Schwurgerichtshofe zum Tode verurtheilt. Auf seine gegen dieses Urtheil eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde faßte das königl. Ober-Tribunal dasselbe und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung an das Schwurgericht zurück. Bei dieser zweiten Verhandlung wurden den Geschworenen zwei Fragen gestellt: 1) „ob der Angeklagte schuldig sei, durch seine Theilnahme an dem u. a. Aufstande bei einem Unternehmen behülflich gewesen zu sein, welches gegen die Existenz u. des deutschen Bundes gerichtet gewesen“, und 2) „ob er dadurch auf entferntere Art durch Rath oder That bei einem Unternehmen behülflich gewesen sei, welches auf eine gewaltthätige Umwälzung der Verfassung des preussischen Staates oder gegen das Leben oder die Freiheit seines Oberhauptes abgezielt habe.“ Die erste Frage wurde von den Geschworenen bejaht, die zweite jedoch verneint, und der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei, weil es an einem Strafgesetze für das Verbrechen des Angeklagten ermangle. — Gegen dieses Urtheil hat nunmehr die Staatsanwaltschaft die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt und zwar wegen Verletzung des Patents vom 28. Oktober 1836 und der §§ 91, 92 und 96 des alten Strafrechts. Der Staatsanwalt, Assessor v. Radeke, führte aus, daß das Patent von 1836 noch in Kraft sei; er führte ferner aus, daß in der Schwurgerichtlichen Verhandlung gegen Trezzia die Anklagepunkte nicht vollständig erschöpft worden seien; da die Geschworenen nicht darüber befragt worden, ob der Angeklagte den Zweck des Unternehmens gekannt und wie weit sich seine Theilnahme bei dem Unternehmen erstreckt habe, und da auch nach den Vorschriften des neuen Strafgesetzes die Sache nicht vollständig erledigt worden sei, so beantragte der Staatsanwalt die Vernichtung des ersten Erkenntnisses und die Verweisung der Sache zur nochmaligen Verhandlung an das hiesige Schwurgericht. Der Gerichtshof beriet nahe an zwei Stunden; er hielt die Bestimmungen des Patents vom 28. Oktober 1836 als unzweifelhaft noch in Kraft bestehend, auch die Sache so angehen, daß es einer abermaligen Zurückweisung an das Schwurgericht nicht bedürfe, vernichtete deshalb das erste Erkenntnis und verurtheilte den Angeklagten, auf Grund der Bestimmungen des alten Strafrechts, wegen Hochverrathe zum Tode mittelst des Beils. (Publ.)

(Hamm.) Bei dem hiesigen Schwurgerichte ist seit längerer Zeit ein Prozeß anhängig, der wegen der verschiednen Ansprüche der Geschworenen von Interesse ist. — Am 6. Januar 1850, des Morgens gegen 4 Uhr, wurde der Kaufmann Heinrich Specht zu Dortmund in seinem Bette todt gefunden, und es ergab sich bei der Besichtigung der Leiche, daß er mit einem schweren Hammer durch mehrere Schläge auf den Kopf erschlagen war. Noch während der Obduktion lief die Anzeige ein, daß man die Mörder kenne und daß eine Person, die man zur Theilnahme an dem Mord zu verleiten versucht, zur Abgabe ihrer Erklärung vor Gericht bereit sei. Dieser Mann war Gottfried Stork, genannt Ehrenpfortner. Aus seiner Aussage ergab sich, daß der Stiefsohn des Erschlagenen, Heinrich Specht jun., der sich mit seinem Stiefvater nicht vertragen konnte, den älteren Heinrich Steinhaus gedungen hatte, den alten Specht zu ermorden. Steinhaus suchte als Theilnehmer des Verbrechens den Zeugen Stork, einen Heinrich Schulte und seinen Bruder August Steinhaus anzuwerben. Stork widerstand jedoch dieser Versuchung. Schulte aber, der in bedrängten Verhältnissen lebte, ging mit Steinhaus auf die Sache ein. Das ganze Verbrechen wurde im Auftrage des Specht jun. von seinem Freunde, einem Chirurgengehilfen, Eduard Wildenhain, angezettelt, und führten diese drei: Wildenhain, August Steinhaus und Schulte, den Mord aus. Am Abend des 5. Januar 1850 befanden sich die Genannten in der Wohnung des Heinrich Steinhaus, wo der Plan des Mordes in allen seinen Einzelheiten verabredet wurde. Nachts gegen 3 Uhr schickte Heinrich Steinhaus seinem Bruder August und dem Heinrich Schulte einen schweren Hammer und ein ungefähr 1 Fuß langes spitiges Eisen zu. Schon um 10 Uhr hatten diese Beiden ein Loch in die Wand der Specht'schen Wirthstube gebohrt, jedoch den Verputz im Innern stehen gelassen. Dieser wurde jetzt von Steinhaus weggenommen und ein vor dem Loch stehender Tisch weggeschoben, worauf er durch dasselbe in die Schänktube kroch, sich von dem vor dem Loch zurückgebliebenen Schulte den Hammer reichen ließ, ein in der Stube auf dem Tische stehendes Licht ergriff und dann in das neben dieser Stube liegende Schlafgemach des alten Specht ging. Schulte hörte bald darauf zwei dumpfe Schläge, und das Verbrechen eines gräßlichen Mordes war geschehen. Schulte kroch nun gleichfalls durch das Loch in die Stube, wurde aber jetzt von einer innerlichen Angst befallen und wollte wieder umkehren. August Steinhaus deutete indeß auf eine Brantweinflasche, aus der Schulte zur Bewältigung seiner Angst trank. Inzwischen entstand in dem Specht'schen Hause Geräusch; Schulte suchte dessen ungeachtet noch den Schrank zu öffnen, worin der alte Specht sein Geld bewahrte. Das Geräusch wurde aber immer stärker, so daß Steinhaus das Licht wegwurf und durch das Loch entfloh. Schulte wollte folgen, zog aber erst noch den Schlüssel der Schänktubenthür, die Steinhaus vorher verschlossen hatte, ab und legte ihn auf den Tisch. Inzwischen wurde eine Scheibe der Thür von Außen eingeschossen und ein Schuß in die Stube abgefeuert. Schulte floh zu dem Loch, konnte aber nicht so schnell durchbringen, um nicht von den Eintretenden bemerkt zu werden. Nachdem die Stubenthür gesprengt war, traten ein Mann und zwei Frauen ein; der Mann legte ein Gewehr auf ihn an, was aber verlagte. Nach einiger Zeit, während welcher der Mann und die Frauen vor Schulte stehen geblieben, wand dieser sich durch das Loch und eilte dann zur Wohnung des Heinrich Steinhaus, der mit Baden beschäftigt war. Heinrich Steinhaus fragte nach dem Gelde und dem Hammer; Schulte entgegnete, daß er froh sei, sein Leben behalten zu haben. August Steinhaus aber antwortete: den in der Stube liegenden gebliebenen Hammer werde Specht schon fortchaffen und das Geld sollten sie auch schon bekommen, Specht werde es an Wildenhain und dieser an sie zahlen. Alle fünf Angeklagte: Specht jun., Wildenhain, Heinrich Steinhaus, August Steinhaus und Schulte wurden verhaftet. Der Hammer fand sich später im Specht'schen Laden hinter einer Salzkiste versteckt und war eine Fläche desselben noch mit Blut bedeckt.

Nach beendeter Voruntersuchung wurden alle fünf Angeklagte vor das im Oktober v. J. in Hamm zusammengetretene Schwurgericht gestellt. Die Verhandlungen dauerten mehrere Wochen unter der größten Theilnahme des Publikums, welches sich von nah und ferne einfand.

Das Ergebnis der Verhandlungen war: daß Heinrich Specht jun., Heinrich Steinhaus und August Steinhaus zum Tode mittelst des Rades von oben nach unten, Eduard Wildenhain zu 15jähriger und Heinrich Schulte zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt wurden. Heinrich Specht und Heinrich Steinhaus legten indeß gegen dieses Erkenntnis die Nichtigkeitsbeschwerde ein, auf Grund deren das erste Erkenntnis wegen eines begangenen Formfehlers von dem Obertribunal zu Berlin vernichtet und die Anklage von Neuem zur Verhandlung vor die Geschworenen verwiesen wurde.

Diese zweite Verhandlung fand zu Hamm vom 23. bis 27. Juni d. J. statt. Statt des früheren Vorsitzenden, Kreisgerichtsdirektors Jacobi, präsidirte jetzt der Appellationsgerichtsrath Hänel, da Seitens der Staatsanwaltschaft auf das Zeugnis des Ersten provoziert worden war. Die Beweisaufnahme fand ebenfalls von Neuem statt. Der Verteidiger des Specht suchte den Geschworenen einleuchtend zu machen, daß der frühere Spruch der Geschworenen nicht zu einem Verdict gegen seinen Klienten verleiten dürfe. Eben so wurde von dem andern Verteidiger hervorgehoben, daß gegen die Theilnehmer an dem Verbrechen nicht die Absicht des Raubes, sondern des Mordes erwiesen sei, welcher Ansicht der Staatsanwalt dahin beipflichtete, daß Specht jun. des Verbrechens des verabredeten Mordes an seinem Stiefvater vollständig überführt sei.

Die Geschworenen sprachen nach mehrstündiger Beratung über den Haupturheber Specht j. das „Nichtschuldig“ hinsichtlich des ihm zur Last gelegten Verbrechens des verabredeten Verwandtenmordes aus und erklärten den Heinrich Steinhaus als Räbelführer des verabredeten an dem Kaufmann H. Specht sen., verübten Mordes für „Schuldig.“

In Betreff der übrigen drei Personen, welche keine Kassation des ersten Erkenntnisses nachgeklagt hatten, blieb selbstredend das erste Erkenntnis in Kraft.

Der Staatsanwalt beantragte hierauf gegen H. Specht jun. die Entbindung von der Anklage und Entlassung aus der Haft; gegen den H. Steinhaus die Strafe des Todes mittelst Rades von oben herab. Er führte sodann aber ferner aus, daß fünf Verbrecher wegen desselben Verbrechens auf der Anklagebank gesessen hätten, wovon zwei durch den Spruch der Geschwornen das Leben verwirkt und zwei mit schweren Zuchthausstrafen belegt seien; derjenige aber, von dem nach der ganzen zweimaligen Verhandlung das Gewebe der schrecklichen That ausgegangen sei, der die Mörder gedungen und bezahlt habe, er solle nach dem jetzigen Ausspruche der Geschwornen von aller Strafe verschont bleiben. Dieses sei unnatürlich. Er beantragte daher gegen den Heinrich Specht jun. wegen des Verbrechens des beschlagn. bezichtigten des bedungenen Mordes sofort die neue Haft auszusprechen. Auf diesen Antrag ging der Gerichtshof ein und wurde Specht ebenfalls wieder in's Gefängnis abgeführt, um demnächst zum dritten (!) Male vor das Schwurgericht gestellt zu werden. (Publicist.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

* **Breslau, 10. Septbr.** [Produktenmarkt.] Der Getreidemarkt bleibt bei einer steigenden Tendenz, die durch die auswärtigen Berichte, die sehr günstig lauten, noch mehr erhöht wird. Die rege Kaufkraft für Roggen dauert fort, so daß Käufer die Forderungen der Inhaber gern bewilligen, die meiste Aufmerksamkeit wird nur dieser Frucht gewidmet, wodurch unsere Produzenten in Schlefien, die sich einer günstigen Ernte zu erfreuen hatten, zurückhaltend gemacht werden und fast gar nicht an den Markt kommen wollen. Weizen und Gerste zieht ebenfalls an, doch wird dieselbe größtentheils zur Konsumtion gekauft, weil Versendungen nach andern Handelsplätzen keine Rechnung geben. Die Vorräthe bei den Bäckern und Mühlenbesitzern sind sehr zusammengefallen, daher vorläufig an ein Weichen dieser Körner nicht zu denken ist. Heute bezahlte man weißen Weizen 55 — 60 Sgr., gelben Weizen 54 — 59 Sgr., Roggen 46 — 50 Sgr., Gerste 33 — 35 Sgr., Hafer 20 1/2 — 22 Sgr. und Kocherbsen 36 — 40 Sgr. Von Delsaaten wird der Markt sehr spärlich beschaffen und man bewilligt gern für Raps 72 — 75 und 76 Sgr., so wie für Sommerrüben 53 — 58 Sgr. Leinsaat ohne Offerten. Kleesaat bleibt ziemlich unverändert, wenn auch die Berichte aus Hamburg und England nicht befriedigend lauten, die kleinen Offerten mögen wohl Ursache sein, daß sich die Preise nicht drücken. Bezahlt wurden heute geringe und mittlere Gattungen 5 — 9 1/2 Thlr. und feine 10 1/2 — 11 1/2 Thlr.

Spiritus eher matter, 7 1/2 Thlr. ist loco zu haben, à 7 1/2 Thlr. würde Geld sein, pr. Frühjahr wird über 8 Thlr. gefordert, Käufer würden sich aber nur zu 7 1/2 bis 7 3/4 Thlr. verstehen wollen.

Rübsöl fest und loco 10 1/2 Thlr. Geld, so wie Lieferung 10 1/2 Thlr. Geld. Zink ohne Handel, 4 Thlr. für loco und 3 1/2 Thlr. für ab Gleiwitz würde gern bewilligt werden.

Wasserstand.

Oberpegel. Unterpegel.
Am 10. Septbr.: 17 Fuß 3 Zoll. 5 Fuß 9 Zoll.

Berlin, 9. Sept. Weizen loco nach Qualit. 52—56 Thlr. Roggen loco 42 1/2—45 Thlr., mehrere Partien loco u. schwimm. 83—85 Pfd. 41 1/2—42 1/2 Thlr., pro 82 Pfd. bez. Lieferung pro Sept., Sept.-Okt. u. Okt.-Nov. 42—43 bez., 43 Br. 42 1/2 Gld. Frühjahr 1852 41 1/2 bis 43—42 1/2 bez., 43 Br. u. Gld. Große Gerste 30—32 Thlr. Hafer loco 22—24 Thlr., Sept.-Okt. ohne Geschäft, Frühjahr 1852 48 Pfd. 23 Br. 50 Pfd. 23 1/2 Br. 23 bez. Erbsen, Kochwaare 37—40 Thlr. Rapsaat, Winter-Raps 66—64 Thlr., Winter-Rüben 65—64 Thlr. Leinsaat 60—57 Thlr. Rübsöl loco 10 bez. u. Br. 9 1/2 Gld., Sept.-Okt. 9 1/2 u. 9 1/4 bez. Spiritus loco ohne Faß 18 Thlr. bez., mit Faß 17 1/2 u. 17 1/4 bez., pro Sept. 17 1/2—1/4 bez. 17 1/2 Br. 17 1/2 Gld., Sept.-Okt. 16 1/2—17 1/2 bez. 17 1/2 Br. 17 1/2 Gld.

Stettin, 9. Sept. Weizen 89 Pfd. pro Frühjahr 50 Thlr. gehandelt. Roggen fest und Spekulation thätig, loco 40 1/2 à 42 Thlr. bez., pro Frühjahr 41 Br., Sept.-Okt. 42 1/2 bez. u. Br. 42 Gld., Okt.-Nov. 41 1/2 à 1/4 bez. Delsaat, Raps, schlei. Waare schwimmend à 64 Thlr. bez. Rübsöl einiger Handel, Jan.-März 10 1/2 Thlr., März-Juni 10 1/2 à 1/4. Zink 4 Thlr. 5 1/2 Sgr. bez. Spiritus fest und gefragt, aus zweiter Hand loco ohne Faß 20 1/2 bez. 20 1/4 pSt. Br., mit Faß 21 1/2 pSt., Okt. mit Faß 21 1/2 bez., Frühl. 1852 mit Faß 21 bez., Br. u. Gld. — Rahnfrachten wurden geschlossen: nach Breslau für Güter 7, für Holz 6 1/2 Thlr.

Berlin, 9. September. Dem Knopfabrikanten Friedrich Langenbeck zu Elberfeld ist unter dem 7. September 1851 ein Patent auf ein durch Probe-Gremplar nachgewiesenes, die sogenannten Buzen erfindendes Befestigungsmittel an überzogenen Knöpfen, so weit dasselbe als neu erachtet worden, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats erteilt worden.

* [Der Zollverein und Belgien.] Die nächsten Folgen des am 7. d. M. abgeschlossenen Vertrages zwischen Preußen (Zollverein) und Hannover (Steuerverein) dürften sein: die endliche Erledigung der Unterhandlungen zwischen dem Zollverein und Belgien und das Zustandekommen eines definitiven Beschlusses der Elbschiffahrts-Kommission. Der Vertrag zwischen dem Zollverein und Belgien wurde bekanntlich seitens des Ersteren gekündigt, weil Belgien nicht darauf einging, statt der bisher gezahlten 5 Sgr. für den Zoll-Centner eingeführten Eisens 10 Sgr. zu zahlen. Weitere Unterhandlungen, die geführt wurden, waren wieder abgebrochen; jetzt vernehmen wir, daß Belgien anheimgegeben worden ist, Bewußt Aufnahme neuer Unterhandlungen einen Bevollmächtigten zu ernennen. — Was die Arbeiten der Elbschiffahrts-Kommission betrifft, so mußten dieselben bekanntlich im Februar d. J. in Magdeburg abgebrochen werden, weil Preußen namentlich Hannover gegenüber das Prinzip der Abgaben-Ermäßigung nicht durchzuführen vermochte; jetzt bei so veränderter Sachlage dürfte der Widerstand Hannovers in dieser Frage von selbst aufhören. (N. Pr. Z.)

Danzig, 4. Sept. Meine früheren Andeutungen über die traurige Lage des Danziger Handels sind durch Mittheilungen, welche mir gestern von hiesigen, mit dem Geschäftsleben vertrauten Kaufleuten gemacht wurden, aufs neue bestätigt worden. Nicht allein, daß wenig größere Geschäfte unternommen werden, weil man zu der jetzt herrschenden Ruhe nicht das geringste Vertrauen hat, auch die bereits begonnenen Geschäfte liefern ein schlechtes Resultat, da bei der jetzigen Handelskonjunktur 50 bis 100 Gulden (10 Sgr.) an der Last Weizen in England verloren gehen. Auf gleich ungünstigem Standpunkte befindet sich die Ackererei, der Holz- und Kolonial-Waarenhandel; mit einem Worte: die Geschäftstille war selbst während der dänischen Blockade nicht so groß wie gegenwärtig.

* **Breslau, 10. Septbr.** [Mienaritzung des Gewerberathes.] Die neu gewählten und nunmehr befristeten Mitglieder und Stellvertreter Samojch, Löwenfeld, Steffe, Burghard, Hoserdt, Pasker, Cadura, Haselbach und Adler wurden durch den Vorsitzenden mittelst Handschlages in Pflicht genommen und in die Versammlung eingeführt. Bezüglich der Vervollständigung der Abtheilung der Arbeitnehmer, wird der künftigen Regierung auf eine desfallsige Anfrage erwideret, daß für jetzt die Anberaumung der Neuwahlen, die der Kommune viele Kosten verursachen, nicht erforderlich sei.

Der Magistrat erteilt die Genehmigung zur Verlegung des Amtlokals in das Haus Nr. 7 auf der Bischofsstraße.

Die Holzhändler beschwerten sich darüber, daß Landleute sowohl mit Bau- und Brennholz hierorts Kommanditen errichtet haben, ohne die städtischen Lasten zu tragen und dadurch ihnen um so mehr den Gewerbebetrieb föhren. Herr Rogge verteidigt die freie Zufuhr und Konkurrenz; auf Antrag des Herrn Cohn wird die Sache der Handelsabtheilung überwiesen.

Der Magistrat fragt an, ob das Rähen von Hutschachteln als Gewerbe zu betrachten sei. Der Frau eines Niemers war diese Beschäftigung von Polizei wegen untersagt worden. Diese Frage wird verneint.

Die Kreisprüfungs-Angelegenheit der Böttcher kommt zum dritten Male zur Berathung. Die in Vorschlag gebrachten Meisterstücke erhalten endlich die Genehmigung des Gewerberathes. Dagegen beschließt die Versammlung nach einer längeren, ziemlich lebhaft geführten Debatte, daß der Gebührensatz in dem betreffenden Statut von 10 auf 5 Rthl. herabzusetzen sei.

Auf das bezügliche Gesuch der Versammlung erwideret das Handelsministerium, daß die Konsultatsberichte durch das Handels-Archiv regelmäßig ihre Veröffentlichung und die nöthige Verbreitung finden.

Die Naturalisationsgesuche werden, von der Kommission befürwortet, ohne Debatte genehmigt. Die Kreisprüfungs-Kommission überreicht das Verzeichniß der Prüfungs-Aufgaben für Lehrlinge und Gesellen, sowie das Statut, worin 10 Rthl. an Gebühren für die Meisterprüfung angesetzt sind. Die Versammlung beschließt auch hier eine Ermäßigung des Gebührensatzes auf 5 Rthl.

Die Ueberlassung des Anstreichens und Malens von Zimmern an Tagelöhner wurde, ungeachtet des von den Maurern bei der Regierung eingelegten Protestes, durch einen abermaligen Beschluß festgehalten.

Mannigfaltiges.

— (Nürnberg), wo Kasper Hauser einst auf dem Markte gefunden ward, scheint die Stadt des Ungewöhnlichen zu sein. Am 26. August, Abends gegen 9 Uhr, hörte ein an einem Arme der Pegnitz wohnhafter Schachtelmacher einen dumpfen Fall in's Wasser und gleichzeitig das Schreien eines Kindes. Beim halben Schein des umwölkten Mondlichtes sahen darauf die Gesellen etwas Weißes den Fluß hinabschwimmen, das sich zu rühren schien. Rasch entschlossen sprang der Eine, nachdem ihm nicht gelungen war, leichter die rettende That auszuführen, von der Bastei in den Fluß und brachte so in der Nähe des Frauenbades ein etwa zweijähriges Kind aufs Trockne, wo es, sogleich von ärztlicher Hilfe in Empfang genommen, nach einigen Stunden zum Bewußtsein gebracht wurde. Die Fragen, ob das Kind ins Wasser gefallen sei, beantwortete dasselbe mit wiederholtem Nein, andere Fragen, ob das Kind (ein Mädchen) hineingeworfen worden, bejahte es weinend und zwar mit dem Zusatz: Vater, Mutter. Der Dialekt klang fremdartig, so daß das Verbrechen seine Spur nicht in Nürnberg finden läßt, sondern den oder die Urheber anderwärts auffuchen heißt. Das Kind ist, nachdem Tausende von Menschen es gesehen und nicht erkannt, nachdem ihm Kleider, wärmende Tücher u. geschenkt worden, von dem Magistrate in gute Kost und Pflege gegeben worden.

— (Bremen, 7. Sept.) Ueberall und unaufhörlich spricht man hier noch von den schauerhaften Verantwortungen des Aeltermann Haase. Mit der fortschreitenden Untersuchung steigt die Summe der Unterschlagungen, und heute weiß man schon ganz bestimmt, daß der Verlust der Hauptschule sich auf 120,000 Thlr. beläuft, aber nicht in Courant, sondern in Gold. Was die Mission und Bibelgesellschaft verliert, ist gar nicht zu berechnen. Es steht nämlich in der Stephanikirche, an welcher Haase Baubherr war, ein eigenes Becken für die Mission und wenn die Predigt beendet war, schüttete Haase das Geld in seinen Beutel, nahm es mit nach Hause und zählte es. Die Gemeinde ehrte ihn so, daß sie ihn durch allgemeines Aufstehen begrüßte, wenn er in die Kirche trat. Vor einiger Zeit fuhr Haase vom Rathhause nach der Generalassise, um dort eine Summe Schöffgeld abzuliefern, die er in einem Kästchen hatte. Später, als man dort das Geld nachzählte, fehlten 540 Thlr. an der Summe, und bei der Untersuchung, welche gegen die Beamten eingeleitet wurde, schwur Haase, daß er das Geld richtig abgeliefert habe! In den letzten beiden Jahren hatten zwei Mitglieder der Rechten und zwei Mitglieder der Linken mit ihm die Verwaltung über den Fonds der Hauptschule, man kann also mit Recht sagen, daß beide Parteien betrogen worden sind. (D. A. Z.)

— (New-York, 23. August.) Der „Wilkinson Whig“ berichtet: „Vorigen Freitag gingen bei Liberty (Grafschaft Ulster) drei Kinder aus der Schule nach Haus, als sie einer Meute von Schweifhunden begegneten, welche auf flüchtige Reher Jagd machten. Die Hunde fielen über die Kleinen her, und ehe man ihnen zu Hilfe kommen konnte, waren alle drei todtgebeißten und beinahe angefressen. Ihr Vater, der das Geseul der Unthiere und das Geschrei der armen Kinder hörte, stürzte mit der Büchse aus dem Hause und tödtete glücklich zwei der Bestien. In diesem Augenblick kam der Eigenthümer der Hunde herangeritten und drohte den Vater zu erschlagen, wenn er noch einmal auf eines seiner Thiere feuerte. Da lud der verzweifelte Vater sein Gewehr von neuem und schoß dem Sklavenjäger durchs Herz. Er übergab sich darauf dem Gericht, wurde vor die Geschworenen gestellt und freigesprochen.“

— Nachdem die Engländer die Franzosen aus Egypten vertrieben, schenkte der Sultan denselben einen Obelisk, „die Nadel der Cleopatra“, der bis dahin von der Regierung aber nicht gefordert wurde, und zwar wegen der Mühe und der Kosten des Transports. Zum Herüberschaffen und Aufstellen des Obelisks von Luxor, der jetzt die Place de la Concorde in Paris schmückt, brauchte man sechs Jahre. Um denselben vom Tempel von Luxor nach dem Nil zu bringen, waren drei Monate erforderlich, und als die Einschiffung unter den unsäglichsten Schwierigkeiten auf einem eigens dazu konstruirten Schiffe stattgefunden und der Obelisk glücklich in Oherburg gelandet, hatte man noch volle vier Monate nöthig, um ihn nach Paris zu schaffen, wo er erst, nach allen dazu nöthigen Vorbereitungen, im dritten Jahre nachher aufgerichtet werden konnte. Die Engländer wollen jetzt ihren 75 Fuß hohen Obelisk aus Egypten als eine Sieges-Trophäe herüberbringen, um ihn in London aufzurichten, und Oberst Lloyd, einer der tüchtigsten Ingenieure Englands, hat den Vorschlag gemacht, denselben auf einem Art Floß von Gutta-Percha-Cylindern herüber zu schaffen. Er hat nach Versuchen berechnet, daß 170 Fuß dieser, 6 Zoll im Durchmesser haltenden Cylindern eine Tonne Gewicht schwimmend tragen. Er schätzt das Gewicht des Obelisks auf 250 Tonnen (im Wasser 170 Tonnen), die 30,000 Fuß solcher Gutta-Percha-Cylinder tragen würden. Er will nun den ganzen Obelisk mit solchen Cylindern von 72 Fuß bis 12 Fuß Länge umgeben, und zwar jede Seite mit 104 oder 105. In 10 Fuß Wasser würde die Masse schwimmen und leicht zu regieren sein und ohne Mühe von einem Dampfer ins Schlepptau genommen werden können. Man könnte selbst Segel und Steuer an den Floß anbringen. Er würde 28 Tonnen Gutta-Percha zu diesen an den Enden hermetisch verschlossenen Röhren nöthig haben, und die Gutta-Percha-Kompagnie hat sich erboten, die ganze Quantität bis zum 15. Oktober zu liefern, und zwar gegen eine Entschädigung von 2295 Pfd., da sie das Material später wieder gebrauchen kann. Oberst Lloyd will die technische Leitung des ganzen Unternehmens, das nach seiner Ansicht wenig Schwierigkeiten bietet, übernehmen, und es steht zu erwarten, daß die Regierung es zur Ausführung bringt. (Köln. Z.)

[559]

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 30. vorigen Monats bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der vor Eröffnung des interimistischen Provinzial-Landtages zu begehende feierliche Gottesdienst am Sonntag den 14. d. Mes. in der evangelischen Haupt-Pfarrkirche zu St. Elisabeth und in der katholischen Pfarr-Kirche zu St. Adalbert hieselbst abgehalten werden wird.

Breslau, den 10. September 1851.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlefien, v. Schleinitz.

Versammlung des kaufmännischen Vereins

heute Donnerstag den 11. September Abends 7 1/2 Uhr im Café restaurant. [1112]

Das Mississippi-Ciclorama,

welches gegenwärtig in Breslau gezeigt wird, ist von dem berühmten Nisley'schen wohl zu unterscheiden. Letzteres befindet sich gegenwärtig in Prag und erklärt der Eigentümer desselben, Herr Henry S. Nisley sein Gemälde, welches 60,000 Q.-Fuß im Umfang hat, für das Originalbild des Rauten Smith.

Uebrigens haben sowohl A. von Humboldt, so wie C. Ritter in Berlin, bei der dortigen Aufstellung des Nisley'schen Panoramas ihre bewundernde Anerkennung desselben in den öffentlichen Blättern hinreichend an den Tag gelegt. [2469]

Zweite Beilage zu N. 252 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag, den 11. September 1851.

[2473] Auguste Schöke.
Albert Altwasser.
Verlobte.
Breslau, den 9. September 1851.

[2443] Statt besonderer Meldung.
Friederike Libas,
B. Prerauer,
Verlobte.
-Zbuni. Landesbnt.

[2446] Als Verlobte empfehlen sich:
Ottilie Hänge.
Albert Jettich.
Schwedewitz bei Zwickau und Chemnitz,
den 4. September 1851.

[2444] Verbindungs-Anzeige.
(Statt jeder besonderen Meldung.)
Als ehelich Verbundene empfehlen sich:
Anna Malende, geborne Breitschneider,
Julius Malende, Kreis-Gerichts-Sportel-
Revisor und Salarien-Kassen-Kontrollcur.
Glatz, den 10. September 1851.

[1107] Entbindungs-Anzeige.
Die heut Nachmittag 5 Uhr glücklich erfolgte
Entbindung seiner Frau Auguste, geborene
Hauke, von einem gesunden Knaben, zeigt
Verwandten und Bekannten ganz ergebenst an:
Boehr, Maurer-Meister.
Poltwitz, den 8. September 1851.

[2449] Entbindungs-Anzeige.
Die heut Abend, Punkt 9 Uhr, erfolgte glück-
liche Entbindung meiner geliebten Frau Hen-
riette, geb. Neumann, von einem gesunden,
munteren Mädchen, zeige ich engeren Freun-
den und Verwandten hiermit ergebenst an.
Breslau, den 9. September 1851.
C. R. Claassen.

Theater-Repertoire.
Donnerstag den 11. Sept. 62te Vorstellung des
dritten Abonnements von 70 Vorstellungen.
Neu einstudiert: „Das Glas Wasser“
oder: „Ursachen und Wirkungen.“
Lustspiel in 5 Aufzügen, nach Schiller von
Alexander Cosmar. — Herzogin von
Marlborough, Frau Hrens, vom Stadt-
Theater zu Frankfurt a. M., als Gast.

Verein. Δ 15. IX. 6. R. Δ 1.
Pr. R. y. z. F. 13. IX. 6 1/2. J. □ IV.

[998] Im alten Theater.
Heute den 11. September:
Cyclorama
des Mississippi-Flusses.
Enthaltend 4000 Meilen amerikanischer
Scenerien in 3 Abtheilungen.
Rangloge 10 Sgr. Parquet 7 1/2 Sgr. Parterre
5 Sgr. Gallerie-Logen und Gallerie 2 1/2 Sgr.
Anfang 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.
Billetts sind bei den Herren Bote und Bock
bis Abends 6 Uhr zu haben.

[1097] Berichtigung. In der gestri-
gen Zeitung soll es in der Anzeige der Herren
Bote u. Bock, Zeile 3, heissen: bekann-
ten statt benannten.

= Ein Oekonomie-Cleve =
kann zum 1. Oktober d. J. placirt werden auf
der Herrschaft Leuthen bei Bissa. Die näheren
Bedingungen ertheilt auf mündliche oder portofreie
Anfragen der Wirtschaft's-Inspetor
Schäfers daselbst.

Echt Baiersch-Bier
aus Nürnberg,
empfehlend in vorzüglicher Güte, à Kasse 2 1/2 Sgr.:
der Braunschweiger Keller,
[2445] Ohlauer-Strasse 5, 6 zur Hofnung.

[2459] Auf meiner
Wein-Stube
verkaufe ich einen wirklich natürlichen Rhein- und
rothen französischen Wein, das preuß. Viertel zu
5 Sgr., in Flaschen noch billiger. Für die
besten Speisen ist zu jeder Tageszeit geforgt.
August Schult (früher Schäplein),
Schubbrücke Nr. 72, am Magdalenen-Kirchhofe.

Subhastations-Bekanntmachung.
Zum nothwendigen Verkaufe des hier auf der
Kloster-Strasse Nr. 49 belegenen, auf 7737
Mthlr. 17 Sgr. 2 Pf. geschätzten Grundstücks,
haben wir einen Termin

auf den 10. Oktober 1851,
Vormittags 9 Uhr,
in unserem Parteinzimmer — Sunkern-Strasse
Nr. 10 — anberaumt.
Zare und Hypotheken-Schein können in der
Subhastations-Registatur eingesehen werden.
Zu diesem Termine werden: 1) Gastwirth
Frank; 2) verwittw. Haberborn, Maria
Dorothea, geb. Otto; 3) Stellmacher
Eduard Weiß hierdurch vorgeladen.
Breslau, den 20. Februar 1851.

[377] Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.
[555] **Bekanntmachung.**
Die Versteigerung der Kistmaterialien,
namentlich der noch übrigen Kistbäume auf
dem Bauplatze der hiesigen königl. Stadtge-
richts-Neubauten wird Sonnabend den 13ten
d. M. von 7 Uhr Morgens an fortgesetzt und
beendet werden, und können die zu veräußern-
den Gegenstände auch vor dem Termine in Au-
genchein genommen werden.
Breslau, den 9. Septbr. 1851.
Königl. Bau-Verwaltung.

[361] **Nothwendiger Verkauf.**
Kreis-Gericht zu Glatz. I. Abtheilung.
Das dem Brauer Gottwald gehörige sub
Nr. 280—282 hieselbst belegene Haus nebst
Bierbrauerei abgetheilt auf 14,626 Mthl. zufolge
der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen
in der Registatur einzusehenden Tare, soll
am 21. Oktober 1851,
Vormittags 11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle, Tabernen-Eokal
Nr. 11, subhastirt werden.
Die dem Ausenbhalte nach unbekannten Aus-
zugsberechtigten Gottlob Schmidt, und dessen
Chefrau Marie, geb. Walter, und resp. deren
Erben, werden hierzu öffentlich vorgeladen.
Glatz, den 26. März 1851.

[461] **Subhastation.**
Das zum Schuldenwesen der Kaufleute
Heinrich Robert Nibel und Johann Gottlieb
Kreiser gehörige, an der Elbe in Uebigau bei
Dresden gelegene Grundstück, bestehend aus
einem herrschaftlichen Schlosse nebst Garten,
2 Wohngebäuden, 1 amerikanischen Dampf-
mühle, Spiritus- und Essigfabrik, Schuppen,
Stallgebäuden und einem Schankwirtschafts-
gebäude, soll nebst der darauf ruhenden Schank-
und Fährerechtigkeit, entweder in Parzellen
oder im Ganzen

den 30. September 1851
in Uebigau im gedachten Grundstück nothwen-
diger Weise versteigert werden.
Solches wird mit dem Bemerkten, daß der
Gesamtwert des Grundstücks auf
50,153 Thlr. 20 Mgr.
gerichtlich gewürdigt worden, eine Beschreibung
des Grundstücks im hiesigen Amtshause und bei
dem Ortsrichter in Uebigau ausgehängen, auch
der Gütervertreter Herr Advokat Rudolph Ge-
senst auf Anfragen mündlich oder schriftlich
nähere Auskunft ertheilen wird, hierdurch zur
öffentlichen Kenntniß gebracht.
Dresden, am 24. Juli 1851.
Königliches Justiz-Amt. I. Abtheilung.
Pietisch.

[558] Nachdem wir die Wollengarnspinnerei
in hiesigem Armenhause eingestellt haben, sollen
die vorhandenen Maschinen und zwar: zwei
Krempelmächinen, eine Wollmühle und drei
Spinnmaschinen, aus freier Hand verkauft wer-
den. Dieselben sind im Armenhause zur Ein-
sicht aufgestellt und wollen hierauf Reflektirende
ihre Gebote an uns schriftlich abgeben.
Schweidnitz, den 8. Septbr. 1851.
Die Armen-Deputation.

[557] **Nothwendiger Verkauf.**
Die Gottlieb Kleimische Windmühlenbe-
sitzung mit etwa 6 Morgen 13 □ Ruthen Gar-
ten und Ader, Nr. 7 zu Dammisch, gerichtlich
auf 1315 Mthl. 25 Sgr. geschätzt, soll
am 6. November d. J.,
Nachmittags 3 Uhr
an hiesiger Gerichtsstelle nothwendig subhastirt
werden. Tare und Hypothekenschein sind bei
uns einzusehen.
Steinlau, den 26. Juli 1851.
Königl. Kreisgerichts-Deputation.

[2458] **5000 Thaler**
werden zur zweiten Stelle auf ein hiesiges Grund-
stück innerhalb 1/2 der Tare für einen prompten
Zinsenzahler gesucht. Näheres Ohlauer-Strasse
Nr. 1, im Kleider-Magazin.

[1109] **Auktion.**
Freitag den 12. d. M., Vormittags 9 Uhr,
sollen im Auktionsgelass, alte Taschenstr. Nr. 3,
eine große Partie Gold- und Silberfachen,
Uhren, Möbel, Hausgeräthe, Kleidungsstücke,
Betten u. meistbietend gegen sofortige baare
Zahlung versteigert werden.
H. Neimann, gerichtl. Auktionator.

[2386] **Möbel-Auktion.**
Den 12. d. Mts., früh von 9 und Mittags
2 Uhr an, sollen Schweidnitzer Stadigraben
Nr. 27, erste Etage, wegen Wohnorts-Verände-
rung die Möbel der Frau geheimen Rätthin
Wassely, bestehend in modernen, gut gehal-
tenen, noch fast neuen Mahagoni- und anderen
Stücken, wobei ein Goldspiegel mit Con-
sole, öffentlich versteigert werden. Die Sachen
sind den Tag vor der Auktion zu besichtigen.
C. Neumann, Auktions-Kommissarius.

[2464] **Wein-Auktion.** Den 13. d. M.
Vormittags von 10 Uhr an sollen Kupferschmie-
destraße Nr. 37 aus einem aufgelösten Geschäft
circa 200 Flaschen Geisenheimer Rhein-
wein und 100 Flaschen Rothwein öffentlich
versteigert werden.
C. Neumann, Aukt.-Komm.

[1104] **Auktion von Caviar.**
Morgen den 12. Septbr. Vormittags von 11
Uhr ab, werde ich Schubbrücke Nr. 77
circa 700 Pfd. russ. Caviar
in großen und kleinen Partien öffentlich verstei-
gern.
Saul, Aukt.-Komm.

[2468] **Auktion.** Am 12. d. Mts. Vorm.
9 und Nachm. 2 Uhr in Nr. 60 am Ringe,
(Eingang Oderstraße) Auktion von Porzellan,
Glas- und lackirten Sachen.
Mannig, Auktions-Kommiss.

Liebichs Garten.
Heute Donnerstag:
Großes Konzert der Theater-Kapelle.
Zur Aufführung kommt unter Anderem:
2. Sinfonie von L. Spohr. (D moll.)
Ouvertüre zu Prometheus, von Beethoven.
Anfang 3 1/2 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert
in dem neuerbauten Saale statt. [1120]

Botanischer Garten.
Im königl. botanischen Garten sind vom 12.
d. Mts. an eine Anzahl Pflanzendoubletten für
feste Preise zu verkaufen. [2452]

[1113] **Untrügliches Mittel**
den Brand aus dem Weizen beim Anbau durch
ein einfaches und mit wenig Kosten verknüpft
Verfahren immer zu entfernen und davon sich
zu befreien.
Eine gründliche Abhandlung in dieser Sache
wird zeigen, auf welche Art der Brand im Wei-
zen entsteht, und auf welche Art und Weise der-
selbe auszurotten ist. Die Abhandlung in dieser
Sache in einem Exemplar kostet 10 Reichs-
thaler in preussischem Courant, zu haben beim
Partikulier und Schiedsmann M. Wiske,
in Weigelsdorf bei Münsterberg.
Briefe und Gelder werden franco erwartet.

Praktisches Rasirpulver,
die Schachtel 3 Sgr.
welches einen reichlichen, stehenden Schaum er-
zeugt, das Barthaar sehr erweicht, und das
Rasiren um Vieles erleichtert.

[1115] **Wachs-Pomade**
in Stangen mit Staniol-Umschlag in hell und
dunkler Farbe zu 1, 2, 4 und 6 Sgr.
Niederlage für Breslau bei
S. G. Schwarz, Ohlauerstraße Nr. 21.

H. Blumenthal aus Wien,
Nikolaistraße Nr. 32,
von Michaelis ab Hofmarkt im Mühlhofe,
empfiehlt sich zur Anfertigung von Damen-Klei-
dern, Manteln, Bournissen, Mantillen u. c.,
nach den neuesten Wiener und Pariser Modellen,
zu den solidesten Preisen, bei prompter und
reeller Bedienung. [2471]

[2457] **Approbirte feuerfeste
eiserne Geld-, Bücher- und
Dokumenten-Schränke**
sind in allen Größen vorrätig
und zu den billigsten Preisen zu
haben:
Mauritiusplatz Nr. 7, bei
S. Meinecke, Schlosserstr.
in Breslau.

[1116] **Zwei große Keller** sind Ohlauer-
Strasse Nr. 21 zu vermieten.

[2461] **Eine gute Belohnung**
enthält Neumarkt Nr. 7, 3 Stiegen, der Finder
eines am Dienstag verlorenen grünledernen
Täschchens mit Kassen-Anweisungen.

Gebrüder Amandi,
Zischlermeister, Kupferschmiedestraße
Nr. 16, empfehlen ihr im neuesten Geschmack
reich assortirtes
Möbel- u. Spiegel-Magazin
zu billigen Preisen und unter Garantie für deren
Dauerhaftigkeit. [2455]

[1108] Ein **Feldmessergerhilfe** findet sofort
Beschäftigung bei A. Diebel in Rosen-
berg O/S.

Preiselbeeren,
in vorzüglicher Qualität empfehlen:
J. F. Stenzel und Comp.,
Schweidnitzer-Strasse, 37.

[1117] **Gasäther,**
besten Qualität, à Pfund 4 1/2 Sgr., bei
Strehlow und Laßwitz,
Kupferschmiedestraße 16.

[1118] **Für Heizungen.**
Roststäbe unter Dampfessel u. c., Rippen- und
Kaltplatten, eiserne Heiz-, Koch- und Bratöfen,
Ofen-Utensilien, Wasserpumpen, Kessel, Dien-
stöpfe u. s. w. empfiehlt die Eisenwaarenhandlung
Strehlow u. Laßwitz,
Kupferschmiedestr. 16.

Gebirgs-Preiselbeeren,
neue eingetottete, von vorzüglicher Güte, ver-
kauft im Einzelnen auch in ganzen Kisten
billigst: [2453]

Alexander Strobach,
Weißgerbergasse Nr. 49, Nikolai-Strasse-Ecke.

Frische Bratwurst
ist von heute ab täglich zu haben bei
[2450] **Laube,** Hintermarkt Nr. 1.

[1068] In einer Kreis- und Garnisonstadt
ist ein Haus, worin seit langen Jahren ein
sehr rentables Spezerei-, Eisen- und Wein-
Geschäft betrieben wird, bald zu verkaufen.
Erfolgreiche und zahlungsfähige Selbstkäufer er-
fahren auf portofreie Anfragen Näheres durch
Hrn. Kaufmann G. A. & Ankt in Maltz a. D.

Frisches Rehwild,
Rehrücken von 2 Mthl. bis 3 Mthl. die stärksten,
Rehrücken, von 1 Mthl. bis 1 Mthl. 20 Sgr. die
stärksten, Rehbühner, d. Paar gespickt 10 Sgr.,
Hasen, Fasanen, Haselhühner und Birkhühner
empfehlen: [2442]
Wildhändler M. Koch, Ring 9, im Keller.

Hamburger Magenbier,
welches sehr beliebt und von mehreren Herren
Ärzten als ein gesundes und magenstärkendes
Getränk anerkannt, empfiehlt einen neuen
Transport, an Kraft und Wohlgeschmack
das erstere übertreffend, in Flaschen, 1/2 und
1/4 Eimern:

J. Schmidt, Hinterplatz Nr. 9.
Auch werden Proben auf Verlangen nach
außerhalb geschickt. [2451]

[2472] Ein einzelner Herr sucht monatweise
zwei elegant möblirte Zimmer nebst Dienerschaft.
Näheres Niemerzelle Nr. 12, drei Treppen hoch.

[2468] Es sind auf einem Dominium, nahe
einer Provinzialstadt, unter sehr vortheilhaften
Bedingungen Gärten zu verpachten. Nähere
Auskunft ertheilt J. Sternberg, Kupfer-
schmiedestraße Nr. 24.

[2454] Ein unverheiratheter, mit guten Zeug-
nissen versehener Kunstgärtner, findet zum 1. Ok-
tober d. J. ein gutes Unterkommen bei dem
Dominium Plohmühle bei Strehlen.

Knochenmehl
von bekannter Güte, fein gemahlen, ist während
der ganzen Winterperiode zu haben bei
Moritz Werther u. Sohn,
[2361] Ohlauerstraße Nr. 8.

= 1000 Schock **Erlenpflanzen,**
à 3 Sgr., sind zu verkaufen auf dem Dominium
Leuthen bei Bissa. [1090]

[2448] Malergasse Nr. 28 ist eine gut mö-
blirte Vorderstube bald zu beziehen.

